



Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)»

Ergebnisbericht zur Vernehmlassung vom 31. März 2021 – 09. Juli 2021

Referenz: Q324-0774

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage und Gegenstand der Vernehmlassung	4
2	Eingegangene Stellungnahmen	4
2.1	Eingegangene Stellungnahmen	4
3	Einschätzung der Vorlage	6
3.1	Allgemeine Beurteilung	6
3.2	Kantone	6
3.3	Kantonale Konferenzen	6
3.4	Politische Parteien	6
3.5	Eidgenössische Kommissionen und Räte	7
3.6	Gemeinden / Städte / Berggebiete	8
3.7	Umweltbereich	8
3.8	Organisationen der Wirtschaft ausserhalb von Energie, Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	9
3.9	Energiebereich	9
3.10	Land- und Forstwirtschaft	10
3.11	Jagd- und Fischerei	10
3.12	Kulturbereich	10
3.13	Raumplanung	11
3.14	Sport-, Erholungs- und Gesundheitsbereich	11
3.15	Wissenschaft	11
3.16	Andere	11
3.17	Privatpersonen	11
4	Stellungnahmen zu einzelnen Artikeln	12
4.1	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG).....	12
4.1.1	Art. 1 Bst. d, d ^{ter} und f - Zweckartikel.....	12
4.1.2	Art. 12h Berücksichtigung der Inventare des Bundes bei der Erfüllung von kantonalen Aufgaben.....	13
4.1.3	Neuer Gliederungstitel Abschnitt 2a.....	14
4.1.4	Art. 17b Baukultur	14
4.1.5	Art. 17c Finanzhilfen und andere Formen der Unterstützung	14
4.1.6	Art. 18 ^{bis} Flächenziel und Planung	15
4.1.6.1	Art. 18 ^{bis} (Neu) als gesetzliche Grundlage für die ökologische Infrastruktur	20
4.1.7	Art. 18b Biotop von regionaler und lokaler Bedeutung	21
4.1.8	Art. 18b ^{bis} Ökologischer Ausgleich	23
4.1.9	Art. 22 Abs. 3.....	25
4.1.10	Art. 24a Abs. 1 Bst. b.....	25
4.1.11	Art. 24c	26
4.1.12	Art. 24e Einleitungssatz	26
4.2	Bundesgesetz über die Kulturförderung (Kulturförderungsgesetz, KFG).....	26

4.2.1	Art. 27 Abs. 3 Bst. c	26
4.3	Bundesgesetz über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LwG)	26
4.3.1	Art. 70a Abs. 2 Bst. d	26
4.3.2	Art. 73 Abs. 2 zweiter Satz	27
4.4	Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)	28
4.4.1	Art. 11 Abs. 2-6. Ersatz von Ausdrücken	28
4.4.2	Art. 11 Abs. 6 zweiter Satz	29
4.4.3	Art. 11a Überregionale Wildtierkorridore	29
4.5	Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)	30
4.5.1	Art. 7a Gebiete von nationaler Bedeutung	30
4.5.2	Art. 12 Sachüberschrift, Abs. 1 ^{bis} und 2	31
5	Auswirkungen auf die öffentliche Hand	31
5.1	Finanzielle Auswirkungen auf die Kantone	31
5.2	Personelle Auswirkungen auf die Kantone	32
5.3	Auswirkungen auf weitere Akteure	32
Anhang A:	Anträge ausserhalb der Vorlage	34
Tabelle 3.	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG)	34
Tabelle 4.	Bundesgesetz über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LwG)	38
Tabelle 5.	Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (JSG)	41
Tabelle 6.	Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)	41
Tabelle 7.	Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG)	42
Tabelle 8.	Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB)	44
Tabelle 9.	Energiegesetz (EnG)	44
Tabelle 10.	Bundesgesetz betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen (EleG)	45
Tabelle 11.	Verordnung des SBFJ über die berufliche Grundbildung Berufsfeld «Landwirtschaft und deren Berufe»	46
Anhang B:	Liste der Teilnehmenden und Abkürzungen	47

1 Ausgangslage und Gegenstand der Vernehmlassung

Am 08. September 2020 wurde die Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)» mit 107 885 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative will im Wesentlichen Natur, Landschaft und baukulturelles Erbe besser schützen. Damit verfolgt sie ähnliche Ziele wie der Bund, möchte aber die bestehenden Instrumente durch eine Verankerung in der Verfassung stärken und ergänzen. Als wesentliche Ergänzungen will sie die folgenden beiden Aspekte in die Verfassung neu einführen: die ausdrückliche Verpflichtung der Kantone zur Bewahrung der Landschaften, Ortsbilder und geschichtlichen Stätten sowie einen engen Rahmen für die Interessenabwägung bei erheblichen Eingriffen in Schutzobjekte. Die Initiative verlangt zudem, dass Bund und Kantone die erforderlichen Flächen, Mittel und Instrumente zur Sicherung und Stärkung der Biodiversität zur Verfügung stellen.

Der Bundesrat befürwortet grundsätzlich die Anliegen der Initiative. Die Initiative geht dem Bundesrat jedoch zu weit. Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten deshalb, Biodiversitätsinitiative zur Ablehnung zu empfehlen und stellt ihr in Form einer Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber.

Der indirekte Gegenvorschlag orientiert sich an folgenden Eckpunkten:

- 1) Das NHG soll einen verstärkten Beitrag zur Zunahme von Flächen zugunsten der Erhaltung der Biodiversität leisten: Das Schutzgebietsflächenziel von 17 Prozent wird gesetzlich verankert. Die Vernetzung wird gefördert.
- 2) Aus der in der Volksabstimmung vom 27. September 2020 verworfenen Vorlage zum Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel werden Bestimmungen zum Schutz und der Vernetzung der Lebensräume für Wildtiere übernommen (Bestimmungen zu den überregionalen Wildtierkorridoren, zu den Schutzbestimmungen zu den Wasser- und Zugvogelreservaten von internationaler und nationaler Bedeutung und den eidgenössischen Wildtierschutzgebieten).
- 3) Die bestehenden nationalen Schutzgebiete werden wo nötig saniert.
- 4) Die rechtlichen Vorgaben zum ökologischen Ausgleich in intensiv genutzten Gebieten, insbesondere in der Siedlung und der Agglomeration, werden präzisiert.
- 5) Die Förderung einer umfassenden Baukultur und die geltende Berücksichtigungspflicht für Bundesinventare für Kantone und Gemeinden wird auf Gesetzesstufe verankert.
- 6) Die Ziele der Energiestrategie 2050 werden nicht tangiert.

Um den interessierten Kreisen Gelegenheit zu geben, sich zum Entwurf des indirekten Gegenvorschlags zu äussern, hat der Bundesrat vom 31. März bis 09. Juli 2021 ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.

2 Eingegangene Stellungnahmen

2.1 Eingegangene Stellungnahmen

Mit Eröffnung der Vernehmlassung am 31. März 2021 wurden 150 Adressaten eingeladen, Stellung zu nehmen. Insgesamt sind 242 Rückmeldungen eingegangen (Tab. 1). Knapp ein Drittel aus Sektoren der Wirtschaft (inkl. Land- und Forstwirtschaft, Energie) sowie rund ein Viertel der Stellungnahmen wurden durch Organisationen des Umweltbereichs eingereicht. Die begrüssten Vernehmlassungsteilnehmenden sowie sämtliche eingegangenen Stellungnahmen sind auf der Publikationsplattform des Bundesrechts ersichtlich.¹

¹ Vernehmlassung 2021/50. https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2021/50/cons_1

Tabelle 1. Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden, siehe auch Anhang

Adressaten	Eingang		
	eingeladen	nicht eingeladen	total
Total (150)	81	161	242
Kantone inkl. KdK (27)	26	0	26
Parteien der Bundesversammlung (11)	7	0	7
Dachverbände Gemeinden, Städte, Berggebiete (3)	3	1	4
Dachverbände Wirtschaft (14)	11	11	22
Weitere interessierte Kreise (95)	*34	149	183

*Inklusive 5 gemeinsame Stellungnahmen mit total 20 Eingeladenen. Diese werden nicht einzeln gezählt.

Gemeinsame / zusammengefasste Stellungnahmen

Kantonale Konferenzen

- **BPUK und weitere.** Die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK, Federführung), die Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL) und die Energiedirektorenkonferenz (EnDK) reichten eine gemeinsame Stellungnahme ein, in Abstimmung mit der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Mitarbeit durch folgende Fachkonferenzen: Konferenz der Kantonsplaner (KPK), Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz (KBNL), Kantonsoberförsterkonferenz (KOK), Jagd- und Fischereiverwalterkonferenz (JFK), Vorsteherinnen und Vorsteher der Umweltämter (KVU).

Eidgenössische Kommissionen und Räte

- **ENHK-EKD.** Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) und Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD) haben eine gemeinsame Stellungnahme eingereicht.

Umwelt

- **Trägerverein Biodiversitätsinitiative.** Gemeinsame Stellungnahme von Schweizer Vogelschutz / BirdLife Schweiz, Pro Natura, Schweizer Heimatschutz, Stiftung Landschaftsschutz
- **SVS.** Der Schweizer Vogelschutz SVS / BirdLife Schweiz und seine teilnehmenden Sektionen AG, AW, Bue, BVS, GL, Het, LU, Mue, NIE, NR, NVG, NVST, NVU, NVUB, NVV, NVW, Obk, Pra, SG, SGB, SO, TVS, VKS, WO, WS, ZE, ZH haben weitgehend identische Stellungnahmen eingereicht. Diese Rückmeldungen werden unter dem Kürzel SVS zusammengefasst.

Kultur

- **FFW_HN.** Gemeinsame Stellungnahme Fondation Franz Weber und Helvetia Nostra
- **SHS.** Der Schweizer Heimatschutz (SHS) Dachverband und seine Sektionen AG, AR, BE, BS, GE, GL, GR, SGAI, SH, SO, TI, VD, ZG, ZH haben weitgehend identische Stellungnahmen eingereicht. Diese Rückmeldungen werden unter dem Kürzel SHS zusammengefasst.

Wissenschaft

- a⁺. Die Stellungnahme der Akademien der Wissenschaften Schweiz a⁺ entstand in Zusammenarbeit der *Akademie der Naturwissenschaften Schweiz* (SCNAT), dem Forum Landschaft, Alpen, Pärke (FoLAP), der Schweizerische Entomologischen Gesellschaft (SEG), dem Forum Biodiversität Schweiz (FBS) sowie dem Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung (IRL).

3 Einschätzung der Vorlage

Nachstehend werden die Stellungnahmen nach Gruppen beurteilt. Die Rückmeldungen zu den einzelnen Artikeln der Vorlage folgen in Kapitel 4.

3.1 Allgemeine Beurteilung

Eine Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden aus allen Bereichen anerkennt den dringenden Handlungsbedarf für Biodiversität, Landschaft und Baukultur. Die Forderungen der Biodiversitätsinitiative gehen den meisten Teilnehmenden jedoch zu weit. Sie bemängeln, dass die Forderungen der Initiative in der Praxis zu vielen Umsetzungsproblemen und Einschränkungen führen und den Handlungsspielraum von Bund und Kantonen zu stark einschränken. Eine Mehrheit der Teilnehmenden begrüsst es, dass der Bundesrat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellt, verlangt aber gleichzeitig teilweise weitreichende Änderungen der Vorlage und/oder Nachbesserungen im erläuternden Bericht.

3.2 Kantone

Sämtliche Kantone haben eine Stellungnahme eingereicht. SZ lehnt die Vorlage als einziger Kanton ab. SZ rechnet mit einem hohen Aufwand oder zusätzlichen Arbeiten für die Umsetzung der Vorlage und befürchtet eine Überregulierung. Die übrigen 25 Kantone äussern sich grundsätzlich positiv zur Vorlage. AI ist allerdings der Auffassung, dass die Belange der Baukultur nicht im Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) sondern im Raumplanungsgesetz (RPG) zu regeln sind. Die Kantone sind der Ansicht, dass die biologische und landschaftliche Vielfalt sowie die baukulturellen Qualitäten stärker zu schützen und zu fördern sind. Alle Kantone stellen diverse Präzisierungs- und Änderungsanträge.

3.3 Kantonale Konferenzen

Die Vorstände von BPUK, KWL, EnDK und EDK² begrüssen in einer gemeinsamen Stellungnahme die Absicht, die wichtigen Anliegen der Initiative aufzunehmen und gesetzlich zu verankern. Die kantonalen Konferenzen teilen zudem die Einschätzung des Bundesrats, dass die biologische, landschaftliche und baukulturelle Vielfalt stärker zu schützen und zu fördern ist.

Die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK) macht in ihrer Stellungnahme keine allgemeine Beurteilung der Vorlage.

3.4 Politische Parteien

Es haben sieben politische Parteien eine Stellungnahme abgegeben (Die Mitte, EVP, FDP, glp, GPS, SPS, SVP). Einzig die SVP lehnt die Vorlage ab. EVP, glp, GPS und SPS begrüssen die Vorlage grundsätzlich, monieren aber, die Vorlage sei zu wenig ambitioniert und fordern Verbesserungen insbesondere in folgenden Punkten:

- Gesetzliche Verankerung bzw. die explizite Erwähnung der ökologischen Infrastruktur
- Erhöhung des Flächenziels für Schutzgebiete für die Biodiversität
- Die GPS kritisiert die vorgesehene Kostenaufteilung zwischen Bund und Kantonen. Die Partei unterstreicht, dass der Bund zusätzlich zu den Gesetzesänderungen auch mehr

² BPUK, KWL, EnDK und EDK haben eine gemeinsame Stellungnahme unter Mitarbeit von JFK, KBNL, KOK, KPK, KVV eingereicht.

Mittel zum Schutz der Biodiversität zur Verfügung stellen muss. Die GPS fordert, dass der Bund angesichts der vom Bundesrat geschilderten Bedeutung der Biodiversität und ihres desolaten Zustands gesamthaft 60 bis 80 Prozent der Gesamtkosten zur Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags übernehmen soll.

- Die EVP fordert, dass die Kantone und Gemeinden beim ökologischen Ausgleich ihren Handlungsspielraum beibehalten sollen und die Biodiversität im Siedlungsraum mittels eines Impulsprogramms des Bundes zu fördern ist. Weiter betont die EVP, dass die Förderung der Artenvielfalt mit spezifischen Massnahmen für prioritäre Tier- und Pflanzenarten gestärkt und der Beitrag der Landwirtschaft noch wirksamer werden soll.
- Die glp beantragt, die Erreichung der gesetzten Ziele bis 2030 alle zwei Jahre zu überprüfen. Zudem schlägt sie eine Fremdänderung im bäuerlichen Bodenrecht vor, um den Naturschutzorganisationen den Erwerb von Boden zum Zweck der Biodiversitätsförderung zu erleichtern.
- Die SPS setzt sich für eine verschärfte Regelung in Bezug auf die Schonung von Schutzobjekte des Bundes ein und wünscht, dass die Schutzorganisationen eine Beschwerderecht gegen kantonale Entscheide erhalten sollten, damit die Bundesinventare (BLN, ISOS, IVS) eingehalten würden. Weiter hebt die SP Schweiz u.a. hervor, dass es mehr finanzielle Mittel, insbesondere vom Bund, sowie personelle Ressourcen beim Bund und den Kantonen brauche.

Die Mitte und FDP lehnen die Vorlage nicht explizit ab, sind ihr gegenüber aber kritisch eingestellt. Die Mitte fordert eine Vorlage, die verstärkt auf Synergien zwischen Schutz und Nutzung sowie auf regionalen Kenntnissen aufbaut. Insbesondere kritisiert Die Mitte, dass die Kompetenzen des Bundes zum Nachteil der Kantone und somit auch zum Nachteil eines praxisnahen, auf Lokalkenntnisse aufbauenden Naturschutzes, ausgeweitet werden. Aus Sicht der FDP wird insbesondere bemängelt, dass mehrere, unterschiedliche Anliegen in einem vielfältigen Massnahmenpaket zusammengeführt würden. Die FDP empfiehlt eine Entschlackung der Vorlage, die sich klarer auf die direkt betroffenen Artikel im NHG begrenzen und nicht noch weitere Anliegen zum Jagdgesetz oder zur Baukultur aufnehmen soll.

Die SVP lehnt die Vorlage entschieden ab und nennt insbesondere folgende Gründe:

- Die Vorlage darf nicht zu starken Nutzungsbeschränkungen und zu materiellen oder gar formellen Enteignungen privater Eigentümer bzw. Berechtigter führen.
- Die Landwirtschaft hat im Bereich Biodiversität schon erhebliche Anstrengungen geleistet und ist durch die Vorlage erneut erheblich von Massnahmen betroffen.
- Die Vorlage gefährdet eine sichere Stromversorgung, indem insbesondere Wasserkraftprojekte erschwert oder gar verunmöglicht werden.
- Es ergeben sich erhebliche Plan- bzw. Rechtsunsicherheiten.

In den Stellungnahmen sind weitere konkrete Anträge formuliert.

3.5 Eidgenössische Kommissionen und Räte

Die stellungnehmenden eidgenössischen Kommissionen und Räte (EiCom, SUK, ENHK, EKD) unterstützen die Vorlage mit unterschiedlichen Anträgen:

- Die EiCom erkennt, dass aus Sicht des Natur- und Heimatschutzes die Ziele der Vorlage nachvollziehbar sind. Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, Energiestrategie 2050 und Klimaziele des Bundes hält die EiCom aber fest, dass jegliche Erweiterung von Schutzflächen zusätzliche Interessenabwägungen und Konfliktpotenziale nach sich zieht.
- Die Schweizerische UNESCO-Kommission (SUK) sowie in ihrer gemeinsamen Stellungnahme die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) und die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD) halten fest, dass ihnen die Vorlage des Bundesrats zu wenig weit geht. Sie wünschen deshalb eine Ergänzung der Vorlage, um

die Erhaltung der Natur- und Kulturwerte der Schweiz sicherzustellen bzw. den Rückgang der Biodiversität in der Schweiz aufzuhalten. Während die SUK die Förderung der Baukultur gemäss Vorlage vollumfänglich unterstützt, empfehlen ENHK und EKD eine Auslagerung ins RPG.

3.6 Gemeinden / Städte / Berggebiete

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGemV) sowie der Schweizerische Städteverband (SSV) unterstützen die Vorlage mit Änderungsanträgen. Der SSV begrüsst insbesondere die Stärkung des ökologischen Ausgleichs zur Förderung der Stadtnatur, womit eine zentrale Herausforderung angegangen werde. Das Netzwerk Oberwalliser Berggemeinden (NOB) sowie der Verband der Bürgergemeinden und Korporationen (SVKB) lehnen die Biodiversitätsinitiative sowie den indirekten Gegenvorschlag entschieden ab. Beide Stellungnehmende monieren insbesondere die Einschränkung des Handlungsspielraums infolge des Flächenziels.

3.7 Umweltbereich

Alle Akteure im Umweltbereich teilen die Ansicht, dass ein dringlicher Handlungsbedarf für einen besseren Schutz der Biodiversität, Landschaft und Baukultur besteht.

Der Grossteil der stellungnehmenden Akteure im Umweltbereich unterstützen zumindest teilweise die Stellungnahme des Trägervereins Biodiversitätsinitiative von Pro Natura, BirdLife Schweiz, Stiftung Landschaftsschutz und Schweizer Heimatschutz (AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVH, NVR, PBW, PN und 7 Sektionen, PSR, PUSCH, SL-FP, SVS und 30 Sektionen, VSA, WWF). Die stellungnehmenden Akteure fordern eine schlanke NHG-Revision mit Schwerpunkt ökologische Infrastruktur und Baukultur. Sie setzen sich ein für eine Verschärfung der Vorlage. Nachfolgend sind ihre wichtigsten Anträge aufgelistet:

- Eigener Artikel für die ökologische Infrastruktur
- Erhöhung des Flächenziels für Schutzflächen bis 2030 von 17 % auf 20 %. Das vorgeschlagene Flächenziel könne ein wichtiges Zwischenziel bilden.
- Kantone und Gemeinden sollen beim ökologischen Ausgleich ihren Handlungsspielraum beibehalten. Der Bund soll besser ein Impulsprogramm für die Biodiversität im Siedlungsraum lancieren als die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu ändern.
- Die Förderung der Artenvielfalt soll mit spezifischen Massnahmen für prioritäre Tier- und Pflanzenarten gestärkt werden.
- Der Beitrag der Landwirtschaft soll noch wirksamer werden durch qualitativ hochstehende Biodiversitätsförderflächen und ihren Beitrag zum Aufbau der ökologischen Infrastruktur im Bereich der Vernetzung.
- Bei den Schutzobjekten nach Art. 5 NHG soll die Bewahrung des Kerngehalts der Schutzwerte garantiert werden.
- Bei der Erfüllung von kantonalen Aufgaben sollen die Inventare des Bundes nach Art. 5 NHG berücksichtigt werden. Zudem solle das Beschwerderecht darauf ausgedehnt werden.

Aus Sicht der Schweizerischen Vogelwarte Sempach (VWS) ist die Vorlage ungeeignet, um die bestehenden Probleme zu lösen beziehungsweise seien die bestehenden Gesetzesgrundlagen hinreichend, um die Probleme zu lösen. Die VWS ist der Meinung, dass es insbesondere eine deutliche Stärkung des Vollzugs im Naturschutzbereich sowie eine Aufstockung der finanziellen und personellen Ressourcen braucht, um Massnahmen durchzuführen.

3.8 Organisationen der Wirtschaft ausserhalb von Energie, Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei

22 Organisationen der Wirtschaft ausserhalb von Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei haben eine Stellungnahme eingereicht. Das Stimmungsbild ist divers:

- Zehn Stellungnehmende der Wirtschaft (BMS, economiesuisse, cemsuisse, FKB, SAGV, SBB, SBV, SI, SM, ZS) begrünnen die Stossrichtung der Vorlage mit diversen Anpassungsanträgen. Die Mehrheit der Stellungnehmenden begrünnen es, dass der Bundesrat der Biodiversitätsinitiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellt. Im Rahmen der Massnahmenumsetzung sollen Zielkonflikte adressiert sowie ein volkswirtschaftlich positives Kosten-Nutzen-Verhältnis angestrebt werden.
- CCIG, SBS, STV beurteilen die Vorlage kritisch und fordern eine inhaltliche Abschwächung.
- CP, cvci, HIS, HKBB, HS, SBV-SSE, SGV, ZRH unterstützen die Vorlage nicht, weil sie ihnen zu weit geht. Mehrmals wird bemängelt, dass die Vorlage zu starr ausgestaltet ist und die Bedürfnisse verschiedener Akteure nicht berücksichtigt.
- Der Baumeisterverband (SBV-SSE) lehnt die Vorlage insbesondere aus folgenden Gründen ab:
 - Die Festlegung von 17 % der Landesfläche für Biodiversitätsförderung stellt eine zu starre Regelung dar.
 - Die Förderung der Baukultur sei in der Vorlage sachfremd und müsse separat behandelt werden.
- AIHK, arv haben keine allgemeine Beurteilung der Vorlage vorgenommen, sondern sich v.a. zu einzelnen Artikeln oder Themen geäussert.

3.9 Energiebereich

Der Grossteil der Akteure im Energiebereich (Axpo, AEE, BKW, CKW, EWZ, ReP, RG, SW, SWE, VLS, VSE) lehnt die Biodiversitätsinitiative als zu weitgehend ab und bevorzugt den Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe. Der Gegenvorschlag muss aber eine sichere Versorgung mit erneuerbarer Energie gewährleisten, ein effizientes Netz bereitstellen und mit der Umsetzung der Energie- und Klimastrategie vereinbar sein. Die Akteure fordern eine grundlegende Überarbeitung der Vorlage insbesondere in folgenden Punkten:

- Der Ausweitung von Schutzgebieten und des Schutzstatus stehen die Akteure kritisch gegenüber. Eine Ausweitung soll nur unter Vorbehalt einer vorgängigen Güterabwägung im Gesamtinteresse der Gesellschaft vorgenommen werden.
- Auf die Schaffung neuer Kategorien von Schutzgebieten soll verzichtet werden.
- Bei der Güterabwägung darf es keine reine Einzel-Objekt-Betrachtung geben, da für die Umsetzung der Energie- und Klimastrategie die Gesamtheit der Energieinfrastruktur benötigt werde.
- Die bestehende Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen ist beizubehalten.
- Den Flächenzielen sind sämtliche bereits geschützten Flächen zuzurechnen, die der Biodiversität dienen (insb. auch BLN-Gebiete).

Drei Akteure im Energiebereich (KwZ, SAK, SN) lehnen die Vorlage entschieden ab, weil sie das Ziel einer sicheren Stromversorgung und der klimaneutralen Schweiz im Jahr 2050 gefährde.

Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) lehnt die Vorlage ab, weil sie ihr zu wenig weit geht. Swissolar (SSOL) unterstützt grundsätzlich die Absicht des Bundesrats, mit einem indirekten Gegenvorschlag unbestrittene Anliegen der Biodiversitätsinitiative aufzunehmen,

ohne dabei die Ziele der Energiestrategie 2050 zu tangieren. SES und SSOL empfehlen einen direkten Gegenvorschlag, der die Kompetenzen des Bundes bei der Schutz- und Nutzungsplanung im Bereich erneuerbare Energien und Biodiversität stärke (Art. 78 bzw. 89 BV).

Der SWV und ein Teil seiner Unterstützer (EK, KHR, KwO, SSH) sowie Alpiq und SWG haben keine allgemeine Beurteilung der Vorlage eingereicht, sondern sich themen- und artikel-spezifisch geäußert.

3.10 Land- und Forstwirtschaft

Der Grossteil der stellungnehmenden Akteure aus der Land- und Forstwirtschaft (BVNW, BVOW, BVUR, BVSZ, JULA, LBV, SBV-USP, SGBV, SOB, VSGP, ZBB) anerkennt die bestehenden Herausforderungen im Bereich Biodiversität, können die Vorlage aber nur dann annehmen, sofern ihre Forderungen berücksichtigt sind und die Vorlage entsprechend angepasst ist.

Vier Akteure (AGORA, SBLV, TFWHE, WaldSchweiz) lehnen die Vorlage als zu weitgehend ab. SBLV hebt insbesondere hervor, dass die Anstrengungen auf die Qualität (Aufwertung) der Biodiversitätsflächen zu konzentrieren sind, anstatt den Umfang der Flächen weiter auszuweiten.

Begrüßt wird die Vorlage von drei stellungnehmenden Akteuren (SAV, SBH, VKMB). Sie haben diverse Anpassungsanträge.

Sieben Akteure (BOSS, BWB, PT, SFV, SKEK, SVIL, SZV) geben keine generelle Beurteilung der Vorlage ab.

3.11 Jagd- und Fischerei

Drei stellungnehmende Akteure der Jagd und Fischerei (VSLvGRT, VSvGZ, LWG), die eine identische Stellungnahme abgegeben haben, stimmen der Vorlage im Grundsatz zu. Die Stellungnehmenden schlagen insbesondere vor, den angepassten Gesetzesartikel 7a für Vorranggebiete für die Weidewirtschaft in das JSG einzuführen, um die Artenvielfalt zu schützen und die Weidewirtschaft auch künftig in nicht schützbaeren Gebieten sicherzustellen.

Ein Akteur der Jagd und Fischerei (BVSGRT) lehnt die Vorlage als untauglich ab, da der Schutz der Kulturlandschaft nicht angesprochen wird.

In zwei Stellungnahmen (JS, SFV-FSP) fehlt eine allgemeine Beurteilung der Vorlage.

3.12 Kulturbereich

Sämtliche Akteure im Kulturbereich teilen die Ansicht, dass ein dringlicher Handlungsbedarf für eine Förderung von Biodiversität und Baukultur besteht.

Der Schweizerische Heimatschutz (SHS) und 14 Sektionen sowie der Stadtzürcher Heimatschutz SZH unterstützen die Stellungnahme des Trägervereins Biodiversität (siehe Abschnitt 3.7) und fordern entsprechend eine Verschärfung der Vorlage.

Auch vier weitere stellungnehmende Akteure (AGUS, ARS, AS, SCGUP), die eine identische Stellungnahme eingereicht haben, begrüßen die vorgesehene Stärkung der Schutzanliegen durch die Festschreibung der Berücksichtigungspflicht in Art. 12h sowie der Förderung der Baukultur im Natur- und Heimatschutzgesetz. Allerdings wünschen sie Ergänzungen und Verschärfungen, um die angestrebten Schutzziele nachhaltig umzusetzen.

Ebenfalls unterstützt wird die Vorlage von sechs weiteren Akteuren des Kulturbereichs (AKD, AP, DAH, MCAH, NIKE, SAM).

Die Fondation Franz Weber und Helvetia Nostra (FFW_HN) sind in ihrer gemeinsamen Stellungnahme der Ansicht, dass die Vorlage für einen besseren Schutz der Biodiversität, der

Landschaft und des Schweizer Kulturerbes nicht ausreicht. Sie unterstützen die Biodiversitätsinitiative.

3.13 Raumplanung

Fünf stellungnehmende Akteure der Raumplanung (BSA, BSLA, ES, SIA, EspaceSuisse) unterstützen die Vorlage und begrüßen es, dass Schritte zur Sicherung und Förderung der Biodiversität und der Baukultur in der Schweiz unternommen werden.

3.14 Sport-, Erholungs- und Gesundheitsbereich

Der Grossteil der stellungnehmenden Akteure aus dem Sport, Erholungs- und Gesundheitsbereich (Swiss Olympic Dachverband und Fachverband Swiss Athletics, PBS, PS, SC, SHV, SS, SWS) hat eine identische Stellungnahme eingereicht. Die acht Akteure nehmen keine Positionierung zur Biodiversitätsinitiative oder zum indirekten Gegenvorschlag ein. Die Akteure begrüßen den Schutz und die Stärkung der biologischen Vielfalt und die Aufwertung von Naherholungsgebieten ausdrücklich, sofern Nutzung und Schutz im Einklang gehalten werden und auch der Sport mit seinen Interessen bezüglich Zugänglichkeit und Ausgestaltung der Landschaft als Akteur und Partner anerkannt und in die Prozesse miteinbezogen wird.

3.15 Wissenschaft

Es sind drei Stellungnahmen der Wissenschaft eingegangen (ETH-Rat, FiBL, gemeinsame Stellungnahme von a⁺). Diese Stellungnehmenden stimmen der Vorlage zu. In allen drei Stellungnahmen wird die Bedeutung von Vernetzungsgebieten betont. Das FiBL sowie a⁺ fordern eine zusätzliche Verschärfung der Vorlage: Beide verlangen insbesondere, dass die ökologische Infrastruktur im Natur- und Heimatschutzgesetz an geeigneter Stelle thematisiert wird oder in einem eigenen Artikel verankert wird.

3.16 Andere

Es haben 11 weitere interessierte Akteure eine Stellungnahme abgegeben.

USPI und TB lehnen die Vorlage aus diversen Gründen ab, insbesondere aber, weil sie die Raumplanung noch starrer macht und die Bedürfnisse der Gesellschaft und Wirtschaft nicht berücksichtigt. Ausserdem erwarten die Organisationen Zielkonflikte mit anderen politischen Bereichen wie Verkehr, Energie, Landwirtschaft.

Vier stellungnehmende Akteure (AGB, HEV, SAB, SVIT) begrüßen grundsätzlich die Idee eines indirekten Gegenvorschlags, sofern dieser angepasst wird. AGB und SAB fordern, dass auf die Festlegung eines Flächenziels sowie auf die quantitativen Vorgaben für Schutzgebiete auf regionaler und kommunaler Ebene verzichtet wird. Der HEV setzt sich insbesondere für mehr raumplanerische und rechtliche Handlungsspielräume ein.

Drei weitere Akteure (CaF, SVV, WBG) stimmen der Vorlage mit Anpassungsvorschlägen zu und der Zürcher Tierschutz (ZT) fordert eine weitere Verschärfung.

Der Verband Immobilien Schweiz (VIS) hat keine allgemeine Beurteilung der Vorlage abgegeben.

3.17 Privatpersonen

Eine Privatperson lehnt sowohl die Biodiversitätsinitiative als auch den Gegenvorschlag ab. Eine weitere Privatperson hat ebenfalls eine Stellungnahme eingereicht, aber ohne allgemeine Beurteilung der Vorlage.

4 Stellungnahmen zu einzelnen Artikeln

Zusammenfassung der detaillierten Stellungnahmen zu den einzelnen Artikeln der Vorlage. Die Gliederung entspricht der Struktur der Vernehmlassungsvorlage.

4.1 Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG)

4.1.1 Art. 1 Bst. d, d^{ter} und f - Zweckartikel

Die Ergänzung des Zweckartikels mit Buchstabe d sowie die Erweiterung des Artikels um Buchstaben d^{ter} und f werden mehrheitlich begrüsst. Ein Grossteil der Zustimmenden bemerkt, dass die Anpassungen in den Bst. d und d^{ter} an sich unnötig sind, jedoch nicht schaden.

Art. 1 Bst. d

Die beantragte Ergänzung wird insbesondere durch Organisationen aus dem Umwelt- und Kulturbereich begrüsst.³ Teilweise kritisch aufgenommen wurden die in der Vorlage neu eingeführten Begriffe *natürlich* und *Vernetzung*. glp, IF und SHS Sektion AG beantragen die Streichung des Begriffs *natürlich*, da in der Kulturlandschaft der Schweiz viele Lebensräume nicht natürlichen Ursprungs, sondern vom Menschen geschaffen sind.

Organisationen aus dem Energie- und Wirtschaftsbereich monieren, dass der Begriff *Vernetzung* in der Vorlage nicht konkretisiert wird. Damit die Abwägung von Schutz- und Nutzungsinteressen nicht zusätzlich erschwert oder verunmöglicht wird, verlangen sie vom Bundesrat eine klare Aussage dahingehend, dass die Vernetzung nicht zwingend den Schutz des Vernetzungsobjekts nach sich zieht, sondern funktionaler Natur ist.⁴ Weitere führen an, dass Unternehmen nicht für die Vernetzung verantwortlich gemacht werden können und geeignete Voraussetzungen für erfolgreiche Vernetzungsmassnahmen geschaffen werden müssen⁵ oder dass Zielkonflikte anzusprechen sind. Zudem ist im Rahmen der Schaffung der ökologischen Infrastruktur ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis anzustreben.⁶

Die glp plädiert dafür, den Ausdruck *Tier- und Pflanzenwelt* durch den Begriff *Arten* zu ersetzen, da die Biodiversität nicht nur Tiere und Pflanzen, sondern auch Pilze, Bakterien und Algen umfasst. Einige Teilnehmende sprechen sich dafür aus, die ökologische Infrastruktur schon im Zweckartikel einzuführen.⁷

Art. 1 Bst. d^{ter}

Einige Teilnehmende insbesondere aus dem Kultur- Sport- und Erholungsbereich begrüssen, dass mit Bst. d^{ter} erstmals die aus den Grundkonzepten zur Förderung und zum Schutz der Baukultur und des baukulturellen und archäologischen Erbes abgeleiteten ganzheitlichen Gedanken im Gesetz verankert sind. Zudem werden mit den Begriffen *Vielfalt*, *Eigenart* und *Schönheit* Qualitätskriterien zur Bewertung eingeführt.⁸

Organisationen aus dem Energiebereich verlangen hingegen, die Begriffe *Eigenart* und *Schönheit* zu streichen, da die Ziele der Neuregelung nach objektiven und möglichst messbaren Kriterien festgelegt werden sollen.⁹ Weitere Teilnehmende wollen den gesamten

³ **Kantone:** AG, OW. **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** SSV. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, GE, GL, JU, VD), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VSGP. **Jagd / Fischerei:** JS. **Kultur:** AGUS, ARS, AS, SAM, SCGUP, SHS, SZH.

Raumplanung: BSLA. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT

⁴ **Wirtschaft:** SBS. **Energie:** Axpo, BKW, CKW, ReP, RG, VSE. **Andere:** HEV.

⁵ **Wirtschaft:** cemsuisse, FKB, SGV, ZS.

⁶ **Wirtschaft:** economiesuisse, SBV, SAGV, SI, SM

⁷ **Kantone:** GE. **Parteien:** EVP. **Eidgenössische Kommissionen und Räte:** ENHK-EKD

⁸ **Kantone:** AG, OW. **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** SSV. **Wirtschaft:** economiesuisse, SAGV, SBV, SI, SM. **Land- / Forstwirtschaft:** VSGP. **Kultur:** AGUS, AKD, ARS, AS, SAM, SCGUP. **Sport / Erholung / Gesundheit:** Aero, Olympic Dachverband und Fachverband Swiss Athletics, PBS, PS, SAC, SC, SHV, SS, SWS.

⁹ **Energie:** RG, BKW, ReP, VSE.

neuen Bst. d^{ter} streichen und argumentieren, dass die Begriffe subjektiv sind, Interpretationsspielraum offen lassen und zu einer willkürlichen Auslegung des Gesetzestextes führen können.¹⁰

Einige Kantone und mehrheitlich Umweltorganisationen sowie die a⁺ verlangen, dass der Begriff *Nutzen* durch *Leistung* ersetzt wird, da *Nutzen* stark nach persönlicher Nutzniessung tönt¹¹. Weitere wollen den Begriff *Ökosystemleistung* in Gesetz einführen oder zumindest einen weiter gefassten Begriff als *Nutzen* verwenden.¹² FFW_HN verweist darauf, dass auch der intrinsische Wert von Biodiversität und Landschaft anerkannt werden muss und deshalb auf den Begriff *Nutzen* verzichtet werden soll.

Art. 1 Bst. f

Die Erweiterung des Zweckartikels um die Förderung der Baukultur stösst bei einer grossen Mehrheit der Teilnehmenden auf Zustimmung. Hervorgehoben wird das umfassende Verständnis, das dem Konzept Baukultur zugrunde liegt und dementsprechend zu einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung unter Wahrung des baukulturellen Erbes und der Landschaftsqualitäten beiträgt.

Einige Kantone und SBKS schlagen – analog in Abschnitt 2a mit Art. 17b und c – die systematische Verwendung von *hohe/hochwertige* Baukultur vor¹³. Der Kanton BE verlangt die Präzisierung *traditionelle, lokale* Baukultur. BMS fordert die Ergänzung *Baukultur im Sinne der Erklärung von Davos* um zu verdeutlichen, dass es sich auch um eine zukunftsgerichtete Baukultur handelt.

Einige Teilnehmende – mehrheitlich aus den Bereichen Bau und Immobilien sowie die LDK monieren, dass die Bestimmung sachfremd respektive die Baukultur bereits ausreichend durch das ISOS geschützt ist und beantragen daher die Streichung der Bestimmung f.¹⁴

4.1.2 Art. 12h Berücksichtigung der Inventare des Bundes bei der Erfüllung von kantonalen Aufgaben

Ein Grossteil der Kantone, der Umwelt- sowie der Kulturorganisationen begrüsst zwar die Verankerung der Kantone in Artikel 12h. Die Stellungnehmenden beantragen jedoch Ergänzungen respektive Präzisierungen.

So sollen nebst den Kantonen auch die Gemeinden in die Pflicht genommen werden. Zudem brauche es eine Berücksichtigung der Inventare im Rahmen der stufengerechten Interessenabwägung.¹⁵ Die Teilnehmenden fordern weiter, dass Artikel 12h in Übereinstimmung mit der geltenden Rechtslage zu bringen ist. Auch soll die Schonung und die Erhaltung der Inventarobjekte im Gesetzestext explizit zum Ausdruck gebracht werden durch den Zusatz sowie bei der Rechtsanwendung im Einzelfall. Sie bewahren nach Möglichkeit die wesentlichen Qualitäten der Inventarobjekte.¹⁶

Der Kanton Bern verlangt die Pflicht zur Durchführung eines anerkannten qualitätssichernden Verfahrens im Falle einer Abweichung der ungeschmäleren Erhaltung.

¹⁰ **Kantone:** ZG. **Kantonale Konferenzen:** LDK. **Parteien:** glp. **Wirtschaft:** BMS. **Energie:** AAE, Alpiq, EWZ, SWE, SW, VLS

¹¹ **Kanton:** VS, ZH. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD), PUSCH, SL-FP, SVS. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS. **Kultur:** SHS, SZH. **Andere:** CaF, ZT

¹² **Kantone:** BE, BL, NW, LU, TG, TI. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** a⁺.

¹³ **Kantone:** AG, AR, BL, GE, JU, TI, UR, VS.

¹⁴ **Kantonale Konferenzen:** LDK. **Wirtschaft:** cemsuisse, CP, economiesuisse, HS, SAGV, SBV, SBV-SSE, SGV, SI, SM, STV, ZS. **Raumplanung:** ES. **Andere:** HEV, SVV, SVIT, SVV, USPI, VIS.

¹⁵ **Kantone:** AG, AR, FR, GE, GL, LU, SH, SO, ZG. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere. **Kultur:** FFW_HN.

¹⁶ **Kantone:** BL, BS, GL, LU, NE. **Parteien:** GPS, SPS. **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** SSV. **Umwelt:** AI-IN, CIPRA, FFW_HN, GP, MWS, NSP, PBW, PN, PUSCH, SL-FP, SVS, TV-BD, WWF, ZT. **Jagd / Fischerei:** JS. **Kultur:** AKD, AP, ARS, AS, BSA, BSLA, DAH, MCAH, NIKE, SBKS, SCGUP, SHS, SIA, STAN. **Wissenschaft:** FiBL, SCNAT. **Sport / Erholung / Gesundheit:** SAC. **Andere:** CaF.

Einzelne Teilnehmende lehnen die Berücksichtigung der Inventare durch die Kantone ab. Insbesondere die Wirtschafts- und Energieverbände beantragen die Streichung des Artikels, da sie darin einen Widerspruch zu den Zielen der Energiestrategie 2050 sehen.¹⁷

4.1.3 Neuer Gliederungstitel Abschnitt 2a

Eine überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden begrüsst die Einführung des Abschnitts 2a und die damit einhergehende Förderung der Baukultur durch den Bund. Einige Kantone, ENHK-EKD sowie glp verlangen eine Präzisierung hinsichtlich «*hoher/hochwertiger Baukultur*».¹⁸

FDP, Die Mitte, SVP sowie einige Teilnehmende insbesondere aus Wirtschaft und Landwirtschaft sprechen sich für die Streichung des gesamten Abschnitts aus, da sie die Baukultur im NHG als sachfremd ansehen.¹⁹ ENHK-EKD empfehlen eine Auslagerung ins RPG.

4.1.4 Art. 17b Baukultur

Die Regelung wird im Grundsatz mehrheitlich begrüsst. Es gibt aber eine Reihe Anträge um Ergänzungen und Erweiterungen:

Generell

- *Bedeutung* der nicht bebauten Flächen, Grünräume und Bäume und ihrer Funktionalität besser einbringen.²⁰

Anträge Abs. 1

- Legaldefinition der Begriffe «Baukultur» und «hohe Baukultur» bzw. genauere Umschreibung auf Verordnungsstufe. Kantone: ZH. **Eidgenössische Kommissionen und Räte:** ENHK-EKD
- Streichung des Zusatzes «bei allen Tätigkeiten, die den Raum verändern». **Land- / Forstwirtschaft:** SAV, SBLV, SGBV
- Expliziter Einbezug der Erhaltung. **Kantone:** AG, BL, GR, SO, TI, NE, OW, UR
- Expliziter Einbezug der Landschaft. **Kantone:** GE
- Ergänzungen im Sinne einer Beachtung und Förderung von Zielen und Massnahmen im Bereich der Energiegewinnung und Ressourcenschonung.²¹

Anträge Abs. 2

- Explizite Nennung der Notwendigkeit zur Abstimmung mit den weiteren raumrelevanten Strategien des Bundes. Wissenschaft: a+

4.1.5 Art. 17c Finanzhilfen und andere Formen der Unterstützung

Die Regelungen zu Finanzierung und Unterstützung werden mehrheitlich positiv gewürdigt. Einige Teilnehmende beantragen für Abs. 4 eine Formulierung, die die unterstützende Rolle des Bundes gegenüber den Kantonen verdeutlicht.²²

¹⁷ **Kantone:** AI, BS, NW, SZ, TG. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere, LDK. **Parteien:** Die Mitte. **Wirtschaft:** CP, SBS, SGV, SBV-SSE. **Energie:** AEE, Alpiq, EWZ, ReP, RG, SSOL, SWE, VLS, VSE. **Land- / Forstwirtschaft:** SAV. **Raumplanung:** SBV-SSE. **Andere:** AGB, HEV, SAB, USPI.

¹⁸ **Kantone:** BE, BL, NW, TI, UR. **Parteien:** glp. **Eidg. Kommissionen und Räte:** ENHK-EKD.

¹⁹ **Kantonale Konferenzen:** LDK. **Parteien:** FDP, Die Mitte, SVP. **Wirtschaft:** cemsuisse, CCIG, CP, economiesuisse, HS, SAGV, SBS, SBV, SBV-SSE, SGV, SI, SM, STV. **Land- / Forstwirtschaft:** BVNW, BVOW, BVSZ, BVUR, JULA, LBV, PT, SBV-USP, SGVB, SOB, ZBB. **Andere:** HEV, SVIT, SVV, TB, USPI, VIS.

²⁰ **Kantone:** BE, BL, BS, FR, GL, LU, SO, TG, NW, ZG. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere. **Kultur:** FFW_HN

²¹ **Kantone:** GL, LU. **Parteien:** glp. **Energie:** alpiq, axpo, BKW, CKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, SN, RG, SAK, SN, SSH, SWV, VSE.

²² **Kantone:** AR, BE, BS, FR, GE, GL, LU, NW, SO, ZG. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere.

4.1.6 Art. 18^{bis} Flächenziel und Planung

Art. 18^{bis} wurde von den Teilnehmenden gemischt aufgenommen. Eine überwiegende Mehrheit der Kantone, unterstützt durch die kantonalen Konferenzen, durch Parteien sowie durch Organisationen aus Umwelt, Kultur, Land- / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Wissenschaft und anderen, fordert die grundlegende Überarbeitung der vorgeschlagenen Neuregelung. Sie beantragen, Art. 18^{bis} neu zu formulieren, um damit die gesetzliche Grundlage für die ökologische Infrastruktur (ÖI) zu schaffen (Kp. 4.1.6.1).

Art. 18^{bis} Abs. 1 Flächenziel

Ein Grossteil der Teilnehmenden fordert, dass ein Flächenziel schnell angegangen wird. Sie unterstreichen, dass das Flächenziel 17 % bis 2030 zu erreichen ist – und nicht wie in der Vorlage beschrieben ab 2030 mindestens 17 % betragen muss.²³ Viele Teilnehmende betonen jedoch, dass es sich bei einem Flächenziel bis 2030 lediglich um ein Zwischenziel handeln kann und dass weitere Flächenziele festgelegt werden müssen. Zudem muss das quantitative Flächenziel durch Qualitätsvorgaben²⁴ ergänzt werden, so dass eine funktionierende ökologische Infrastruktur (ÖI) entsteht. EVP, glp, GPS und SPS, Umweltorganisationen, Teilnehmende aus den Bereichen Land- / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Kultur, Raumplanung, Wissenschaft und andere fordern eine Erhöhung des vorgeschlagenen Flächenziels für Schutzflächen von 17 % auf 20 %.²⁵

Explizit gegen ein Flächenziel sprechen sich einige Kantone, die LDK oder Organisationen verschiedener Wirtschaftssektoren, u. a. des Energiesektors aus.²⁶ Diese Teilnehmenden motivieren ihre Ablehnung des Flächenziels unter anderem damit, dass Qualität / Lage / Vernetzung von Flächen oder die Funktionalität der ÖI anzustreben und nicht ein quantitatives Flächenziel oder dass die Dynamik und die Entwicklung der ÖI zu beachten ist. Energiekreise verweisen darauf, dass das formulierte Flächenziel einen Konflikt mit der Energiestrategie des Bundes verursachen könnte. AGORA unterstreicht, dass das Flächenziel in erster Linie in Gebieten mit einem Defizit an Schutzflächen erreicht werden soll, insbesondere in den Siedlungsgebieten. cemsuisse, FKB, ZS argumentieren, dass jedes quantitative Flächenziel willkürlich ist und ein Fremdkörper in einem qualitativ hochwertigen, mit differenzierten Instrumenten ausgestalteten Raumplanungssystem.

Anträge und Kommentare zur Regelung und Herleitung des Flächenziels

- Alle zwei Jahre Überprüfung Aufbau und Unterhalt der ökologischen Infrastruktur, getroffene Massnahmen, Flächenbilanzen, Zielerreichung. **Parteien:** glp
- Fokus auf Kern- und Vernetzungsgebiete greift fachlich zu kurz. Es braucht auch zwischen diesen Gebieten naturnahe Strukturen, damit das Gesamtsystem seine Leistungen erbringen kann. **Kantone:** BE
- Mehr Flexibilität. Zur Erreichung des Flächenziels braucht es deutlich mehr Flexibilität und vor allem eine vertiefte Auseinandersetzung über die Anrechnung der aufgelisteten Gebiete. **Parteien:** FDP
- Stellungnahme nicht möglich. Herleitung der Prozentzahl des vorgeschlagenen Flächenziels ist unklar / umstritten. **Kantone:** GL. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere

²³ **Kantone:** GE, LU, NW, ZH. **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** SSV. **Wirtschaft:** economiesuisse, SAGV, SBV, SI, SM. **Wissenschaft:** a*.

²⁴ **Eidgenössische Kommissionen und Räte:** ENHK-EKD. **Umwelt:** IF, VWS. **Kultur:** SHS

²⁵ **Parteien:** EVP, glp, GPS, SPS. **Umwelt:** Al-In, Aps, AV, CIPRA, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, GP, MWS, NBW, NFS, NSP, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SVS, VSA, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT

²⁶ **Kantone:** AI, AR, GE, TG, TI, ZG. **Kantonale Konferenzen:** LDK. **Parteien:** Die Mitte, FDP. **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** SGemV. **Umwelt:** VWS. **Wirtschaft:** cemsuisse, CP, FKB, HKBB, HS, SBV-SSE, SGV, STV, ZS. **Energie:** Alpiq, Axpo, BKW, CKW, EKW, KHR, KwO, KwZ, ReP, SAK, SN, SSH, SWV. **Land- / Forstwirtschaft:** AGORA, BWB, SAV, WaldSchweiz. **Andere:** SAB, USPI

Anträge zur räumlichen Verteilung und der Qualität von Flächen

- Schutzgebiete repräsentativ über die Landesfläche verteilen. **Kantone:** AG, AR, BE, BL, BS, GR, NW, OW, VS, ZG, ZH. **Umwelt:** IF
- Anschlüsse an Vernetzungskorridore und Kernlebensräume im Ausland sicherstellen. **Kantone:** BS
- Aktuellen Beiträgen der verschiedenen Akteure ans Flächenziel Rechnung tragen. Insbesondere sollen die Bergregionen nicht noch mehr belastet werden, um die Defizite der anderen Regionen auszugleichen. **Kantone:** VS.

Anträge zur Abwägung von Schutz und Nutzen

- Zielerreichung Energiestrategie sicherstellen. **Parteien:** FPD. **Wirtschaft:** CP. **Energie:** AAE.
- Vollzugshilfe zur Interessensabwägung Schutz – Nutzung: Inventar der Standorte mit Potenzial zur Nutzung erneuerbarer Energien. **Energie:** VLS
- Güterabwägung zwischen Schutz und Nutzen. Neue Schutzflächen sollen so ausgewählt und bewirtschaftet werden, dass der Biodiversitätsnutzen möglichst hoch ausfällt, während der wirtschaftliche Schaden so klein als möglich gehalten wird. **Wirtschaft:** BMS, CCIG, economiesuisse

Art. 18^{bis} Abs. 1 Bst. a – f

Einige Kantone und weitere Stellungnehmende aus Politik, Umwelt, Kultur, Raumplanung und Wissenschaft verweisen darauf, dass insbesondere Jagdbanngebiete sowie Wasser- und Zugvogelreservate (Bst. c), Fischschutzgebiete (Bst. d) oder Biodiversitätsförderflächen (BFF) der Landwirtschaft (Bst. f) nicht oder zumindest nicht in ihrer gesamten Ausdehnung dem Flächenziel angerechnet werden können, da diese Gebiete oftmals nicht die ausreichende Qualität oder lediglich einen unzureichenden Schutzstatus aufweisen.²⁷ Diese Teilnehmenden fordern deshalb, dass nur solche Flächen an das Flächenziel angerechnet werden, die ökologisch wertvoll sind. Die übrigen Flächen können jedoch als Vernetzungsgebiete bezeichnet werden, falls deren Nutzung biodiversitätsfördernd wirkt.

Insbesondere Kantone verlangen, dass die Liste der ans Flächenziel anrechenbaren Flächen auf Verordnungsebene geregelt werden soll.²⁸ BE wünscht sich zudem mehr Spielraum für die Kantone zur Umsetzung objektspezifischerer Schutzmassnahmen.

Einige Teilnehmende verlangen, dass die anrechenbaren Gebiete zu überarbeiten und die verwendeten Begriffe zu klären sind (Vernetzungsgebiete, anrechenbare Flächen). Zudem bringen die Teilnehmenden zusätzlich zu den in Bst. a – f genannten Gebieten, weitere Gebiete ein, die ans Flächenziel angerechnet werden sollen, Tab. 2. So schlagen vorab Umweltorganisationen, glp, GPS, SPS sowie verschiedene weitere Organisationen vor, als Ergänzung der bisherigen Schutzgebiete neu *Biodiversitätsgebiete* von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung als zusätzliche Kategorie von Kerngebieten der ökologischen Infrastruktur einzuführen und wie folgt zu definieren:²⁹

- Der Bundesrat bezeichnet nach Anhörung der Kantone die Biodiversitätsgebiete von nationaler Bedeutung und bestimmt ihre Lage und generellen Schutzziele. Die Biodiversitätsgebiete sollen Misch-Lebensräume umfassen und zusammen mit den Kantonen in ihrer

²⁷ **Kantone:** AG, BE, BL, BS, LU, TG, VS. **Parteien:** glp. **Umwelt:** AI-In, SVS Sektion VKS, VWS, WWF. **Kultur:** SHS. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** a⁺, ETH-Rat.

²⁸ **Kantone:** AG, BE, BL, FR, GE, GL, LU, NW, SO, TG, TI, ZG, ZH. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere. **Umwelt:** AV, VWS.

²⁹ **Parteien:** glp, GPS, SPS. **Umwelt:** AI-In, Aps, AV, CIPRA, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, GP, MWS, NBW, NFS, NSP, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, SVU, VSA, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT.

Lage und ihren Bestimmungen für Teilflächen festgelegt werden. Diese Gebiete müssen alle Lebensräume, terrestrische, aquatische und ihre Übergangsbereiche, umfassen. Die neuen Biodiversitätsgebiete fallen nicht unter den Ausschluss von Anlagen erneuerbarer Energien nach Art. 12 Energiegesetz vom 30. September 2016³⁰ (EnG). Vielmehr findet betreffend Erhaltung der Biodiversitätsgebiete von nationaler Bedeutung mit Eingriffsinteressen von ebenfalls nationaler Bedeutung die übliche Interessenabwägung statt.

FDP sowie der Energiebereich beantragen, angesichts ihrer Beiträge für die Biodiversität auch die Gebiete aus dem Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler (BLN) an das Flächenziel anzurechnen.

Spezifische Stellungnahmen

Bst. b – Biotope von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung

- Vollzugsdefizite in Pufferzonen. Ihre pauschale Anrechnung ist fragwürdig, da viele Pufferzonen noch immer intensiv genutzt werden. **Umwelt:** VWS.
- Keine zusätzlichen Nutzungseinschränkungen in Pufferzonen. **Energie:** ReP

Bst. c – Schutzgebiete nach Jagdgesetz

Schutzbestimmungen in Jagdbanngebieten sollen die Einwirkung unterschiedlicher Nutzungen (Bergsport) auf die Biodiversität differenziert berücksichtigen. Jedoch sollen Jagdbanngebiete nicht zu den biodiversitätsrelevanten Schutzgebieten zählen. **Sport / Erholung / Gesundheit:** SAC.

Art. 18^{bis} Abs. 1 Bst. e – Waldreservate

TFWHE fordert die Streichung von Bst. e. Die Ziele des Bundes, die Biodiversität zu fördern, werden mit einer Reduktion der forstwirtschaftlichen Nutzung des Waldes kaum erreicht oder sogar erschwert. Die beabsichtigte Ausweitung der Waldreservatsflächen läuft anderen wichtigen öffentlichen Interessen zuwider, namentlich der Nutzung und Verwertung des Rohstoffs Holz in der Schweiz, aber beispielsweise auch dem Schutz vor Naturgefahren.

Art. 18^{bis} Abs. 1 Bst. f – Biodiversitätsförderflächen

Streichungsanträge

Der verstärkte Beitrag der Landwirtschaft für die Biodiversität durch vorschriftsgemässe Bewirtschaftung der nationalen, regionalen und lokalen Biotope wird von einigen Teilnehmenden aus Politik, Umwelt, Land- / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Kultur und anderen begrüsst. Die Nutzung qualitativ hochstehender Biodiversitätsförderflächen (BFF) soll jedoch im Landwirtschaftsgesetz geregelt werden.³¹

GE und aus dem Landwirtschaftsbereich AGORA und PT befürchten, dass den Landwirte und Landwirtinnen mit der Integration des Bst. f der Anreiz zur freiwilligen (und reversiblen) Ausscheidung von BFF der Qualitätsstufe II genommen wird.

Einige Kantone, die GPS und weitere betonen, dass BFF keine Schutzgebiete sind und daher nicht als Kerngebiete zum Schutzflächenziel angerechnet werden können.³² Teilnehmende aus dem Bereich Landwirtschaft beantragen jedoch, dass dem Schutzgebietsziel

³⁰ SR 730.0

³¹ **Parteien:** SPS. **Umwelt:** AI-In, Aps, AV, CIPRA, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, GP, MWS, NBW, NFS, NSP, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Andere:** ZT

³² **Kantone:** AG, BE, BS, TG, ZH. **Parteien:** GPS. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Kultur:** FFW_HN

sämtliche BFF angerechnet werden sollen. SBV-USP unterstreicht, dass BFF – obwohl sie einen Beitrag zur Förderung der Artenvielfalt leisten – vollumfänglich zur Landwirtschaftsfläche zählen und nicht zu Naturschutzflächen im engen Sinn werden dürfen.³³

Weitere Anträge

BL, GR, TI wollen BFF der Qualitätsstufe II ins Flächenziel aufnehmen und die Qualifizierung «besonders wertvoll» streichen.

VS schlägt vor, eine Mindestfläche an besonders wertvollen BFF festzulegen und so die Vernetzung voranzutreiben. Sonst sollen diese Gebiete lediglich den Vernetzungsgebieten angerechnet werden.

NW unterstreicht, dass die Überlagerung BFF – Schutzgebiete weiterhin möglich sein muss, auch wenn BFF keine Schutzgebiete sind.

VKMB erscheint die zusätzliche Berücksichtigung besonders wertvoller Biodiversitätsförderflächen sinnvoll. Allerdings bedingt diese mathematische Flächenausdehnung eine Erhöhung der Zwischenziele für den Aufbau der ökologischen Infrastruktur.

Kommentare

Die FDP sowie Teilnehmende aus Land- und Forstwirtschaft betonen, dass BFF zwar einen Beitrag an die Biodiversität leisten, jedoch dennoch vollumfänglich zur Landwirtschaftsfläche zählen müssen und nicht zu Naturschutzflächen im engen Sinn werden dürfen.³⁴

Die SVP unterstreicht die bereits geleisteten Anstrengungen der Landwirtschaft im Bereich Biodiversität. Die Partei fordert, dass mehr raumplanerischer Handlungsspielraum und Interessensabwägung möglich sein müssen, anstatt die bestehenden Schutzansprüche weiter zu verschärfen.

³³ **Land- / Forstwirtschaft:** BVNW, BVOW, BVSG, BVSO, BVSZ, BVUR, JULA, LBV, SBLV, SBV-USP, SVIL, ZBB

³⁴ **Parteien:** FDP. **Land- / Forstwirtschaft:** BVNW, BVOW, BVUR, BVSZ, JULA, LBV, SGBV, SBLV, SBV-USP, SOBV, SVIL, ZBB

Tabelle 2.
Übersicht über die zusätzlichen Gebiete, die zum Flächenziel beitragen sollen.

<i>Gebiet</i>	<i>Antrag von</i>
1. Neu: Biodiversitätsgebiete – Vereinbarkeit mit der Energiestrategie	35
2. Gewässerlebensräume (mit ökologischem Wert)	36
3. Amphibienlaichgebiete Bereich 'A'	37
4. Auen	38
5. Gebiete des Bundesinventars der Landschaften und Naturdenkmäler (BLN)	39
6. Geschützte seltene Waldgesellschaften gemäss Anhang 1 NHV	40
7. Inventarflächen `Trockenwiesen und –weiden	41
8. Siedlungstypische Lebensräume	42
9. Traditionell bewirtschaftete Flächen oder brachliegende Flächen mit hoher Biodiversität	43
10. Weitere Lebensräume nach Art. 18 NHG. Geschützte oder schützenswerte ökologisch wertvolle Lebensräume, die langfristig gesichert sind.	44

Art. 18^{bis} Abs. 2 – Planung

Die beantragte Planungskompetenz des Bundes zum Schutz der Biodiversität wird unter der Voraussetzung begrüsst, dass die Kantone in die Planungen einbezogen werden. Die FDP verlangt zudem, dass die Kantone auch bei der Festlegung der notwendigen Flächen einbezogen werden müssen. Weitere Teilnehmende fordern, dass die nationalen Vernetzungsgebiete und ihre Ziele vom Bundesrat festgelegt und nach Art. 13 des Raumplanungsgesetzes (RPG) gesichert werden, die Kantone jedoch die regionalen und lokalen Vernetzungsgebiete bestimmen und für deren raumplanerische Sicherung sorgen.⁴⁵ Explizit einen Sachplan nach Art. 13 RPG bevorzugen die Kantone AI, FR und SO sowie aus dem Umweltbereich IF. Die Kantone BL, GL, TI, VS, ZG sowie BPUK und weitere sprechen sich für ein Konzept aus.

³⁵ **Parteien:** glp, GPS, SPS. **Umwelt:** AI-In, Aps, AV, CIPRA, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, GP, MWS, NBW, NFS, NSP, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, SVU, VSA, WWF. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT.

³⁶ **Kantone:** AG, BE, BL, GL, GR, NW, TG, TI. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** a⁺.

³⁷ **Kantone:** BE, LU

³⁸ **Kantone:** LU

³⁹ **Parteien:** FDP. **Energie:** Alpiq, Axpo, BKW, CKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, RG, SAK, SN, SSH, SWV, VSE

⁴⁰ **Kantone:** VS. **Land- / Forstwirtschaft:** AGORA, JULA, SBV-USP, SFV, SGBV, SOBV

⁴¹ **Kantone:** BE

⁴² **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** SSV

⁴³ **Land- / Forstwirtschaft:** SAV

⁴⁴ **Raumplanung:** BSLA

⁴⁵ **Kantone:** GR. **Parteien:** FDP, glp, SPS. **Umwelt:** AI-In, Aps, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSP, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA, WWF. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, SVIL, VKMB. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Andere:** HEV

Die LDK will die raumplanerische Sicherung über einen neuen Art. «Sachplan Ökologische Infrastruktur» regeln und beantragt, dafür auf die Art. 12h, 18^{bis} und 18b^{bis} sowie auf den Gliederungstitel vor Art. 12h der Vorlage zu verzichten.

Mit Bezug zum Planungsinhalt befürwortet a⁺, dass die Planung Vorgaben zur räumlichen Lage der Gebiete für die Biodiversität macht. Der SFV fordert eine angemessene Vertretung aller Lebensraumtypen, BS die gleichmässige Verteilung der Kerngebiete und über die gesamte Landesfläche, GR verlangt eine Ergänzung von Art. 18^{bis} Abs. 2 mit einer inhaltlichen, allenfalls auch nicht abschliessenden Definition der Vernetzungsgebiete.

Der Energiebereich⁴⁶ fordert, dass die Planung sämtliche Interessen von nationaler Bedeutung berücksichtigt. Der Sport-, Erholungs- und Gesundheitsbereich verlangt die Berücksichtigung der Nutzungsrechte für Erholung, Bewegung, Sport.⁴⁷

Streichungsanträge

Einige Kantone, aus der Politik FDP und SVP sowie diverse Organisationen aus den Bereichen Wirtschaft und Energie verlangen die Streichung von Abs. 2. Sie führen an, der Vorschlag des Bundesrats bedeutet einen Eingriff in die Kompetenzordnung⁴⁸. Der Energiebereich befürchtet, mit der vorgeschlagenen Neuregelung soll eine neue raumplanungsrechtliche Kategorie «Vernetzungsgebiete» gesetzlich verankert werden, die zu einer nahezu beliebigen Ausdehnung von Schutzgebieten führt.⁴⁹

Weitere Teilnehmende äussern sich explizit gegen einen Sachplan. BL beantragt die Ausgestaltung der ÖI analog der Bundesinventare nach Art. 5 NHG vorzunehmen. Organisationen der Wirtschaft monieren, dass die bestehenden Sachplanungen des Bundes bereits heute zum Teil ungenügend aufeinander abgestimmt sind und verweisen dabei auf die Sachpläne Fruchtfolgeflächen und Verkehr.⁵⁰ GR, OW und der SBLV unterstreichen, dass die Kantone über Handlungsspielraum verfügen müssen, damit sie die jeweiligen regionalen Besonderheiten berücksichtigen können.

4.1.6.1 Art. 18^{bis} (Neu) als gesetzliche Grundlage für die ökologische Infrastruktur

Eine überwiegende Mehrheit der Kantone unterstützt durch die kantonalen Konferenzen, durch Parteien sowie durch Organisationen aus Umwelt, Kultur, Land- / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Wissenschaft und weiteren fordert die gesetzliche Verankerung des Begriffs *ökologische Infrastruktur*. Dafür soll der vorgeschlagene Art. 18^{bis} «Flächenziel und Planung» zu Art. 18^{bis} «Ökologische Infrastruktur» umformuliert werden. Der Zweck des neuformulierten Art. 18^{bis} besteht darin, die Erfassung und die Weiterentwicklung der ökologischen Infrastruktur (ÖI) voranzutreiben. Das in Abs. 1 der Vorlage vorgeschlagene Flächenziel soll lediglich im Sinne eines Zwischenziels eingefügt werden. In ihrer gemeinsamen Stellungnahme fordern ENHK-EKD, dass das zentrale Konzept der ÖI unter Einbezug aller beteiligten Akteursgruppen aus Bundes- und kantonalen Ämtern sowie der Zivilgesellschaft in die NHG-Revision aufgenommen wird. Insbesondere aus den Anträgen der Kantone und der kantonalen Konferenzen⁵¹ ergeben sich folgende Kernelemente eines neuformulierten Art. 18^{bis}:

- Rechtliche Grundlage für die ökologische Infrastruktur (ÖI) schaffen
- Zweck und inhaltliche Zielsetzung der ÖI erläutern
- Die wesentlichen Elemente der ÖI (Kern- und Vernetzungsgebiete) einführen.

⁴⁶ **Energie:** Alpiq, ReP, RG, SAK, SWV, VSE

⁴⁷ **Sport, Erholung Gesundheit:** Swiss Olympic Dachverband und Fachverband Swiss Athletics, PBS, PS, SAC, SC, SHV, SS, SWS.

⁴⁸ **Kantone:** AG, GR, OW, VS, ZG. **Parteien:** FDP, SVP. **Wirtschaft:** SAGV, SBV, SBV-SSE, SI, SM ZRH. **Land- / Forstwirtschaft:** AGORA, BVNW, BVOW, BVSZ, BVUR, JULA, LBV, PT, SBLV, SBV-USP, SGBV, SOB, ZBB.

⁴⁹ **Energie:** Alpiq, Axpo, BKW, CKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, SAK, SN, SSH, SWV.

⁵⁰ **Wirtschaft:** economiesuisse, SAGV, SBV, SI, SM, ZRH.

⁵¹ **Kantone:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, LU, NE, NW, OW, SG, SO, TG, TI, UR, VS, ZG, ZH. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere, LKD. **Parteien:** FDP. **Raumplanung:** BSLA

- Liste derjenigen Gebiete, die als Kerngebiete an das Flächenziel anrechenbar sind
- Raumplanerische Sicherung der ÖI
- Kompetenzordnung der Staatsebenen verankern
- Umsetzungsverantwortung festlegen, insbesondere in Bezug auf Sachpolitiken mit raumwirksamen Tätigkeiten
- Finanzielle Beteiligung des Bundes am Aufbau der ÖI verankern

Teilnehmende aus Politik, Umwelt, Land- und Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Kultur, Wissenschaft sowie weitere⁵² fordern im Sinne der Initianten überdies:

- Biodiversitätsgebiete (neu) als Ergänzung der nationalen Biotope.
- Bezeichnung von Vernetzungsgebieten und ihre raumplanerische Sicherung nach Art. 13 RPG

4.1.7 Art. 18b Biotope von regionaler und lokaler Bedeutung

Die Vernehmlassungsteilnehmenden äussern sich mehrheitlich kritisch gegenüber der vorgeschlagenen Verschiebung der Kantons- zu den Bundeskompetenzen. Zu Abs. 1 erfolgen etliche Anträge zur Ergänzung, Abs. 3 wird vorab von Kantonen und von Organisationen aus den Bereichen Wirtschaft und Energie abgelehnt.

Zwar begrüssen einige Teilnehmende, dass der Bundesrat die Forderung der Biodiversitätsinitiative aufgenommen hat, wonach die Kantone auch Biotope von kantonaler Bedeutung schützen müssen. Weitere Anpassungen am heute geltenden Artikel sind jedoch nicht nötig.⁵³ ZG will auf eine Ergänzung im Sinne einer schlanken Revision verzichten.

Aus Sicht Raumplanung unterstreicht EspaceSuisse positiv, dass der indirekte Gegenvorschlag auch die Vernetzung der Tier- und der Pflanzenschutzgebiete in den Mittelpunkt stellt und nicht nur den Schutz dieser Gebiete.

GR verlangt einen neuen Absatz 4, der die Anhörung der Kantone, Gemeinden und Direktbetroffenen im Rahmen der Planung des Bundes regelt.

Art. 18b Abs. 1

AG, BL, BS, TG stimmen der Ergänzung des Art. 18b mit einem neuen Abs. 1 explizit zu. Dadurch können die mit Art. 18^{bis} eingeführte ökologische Infrastruktur und die Artenförderung unterstützt werden. Der ETH-Rat begrüsst die gesetzliche Verankerung der Vernetzung der Schutzgebiete auf Bundesebene und regt an, die Bedeutung der Vernetzung auch im Kontext des Bundesgesetzes über die Fischerei nochmals zu unterstreichen.

Einige Teilnehmende wollen Abs. 1 breiter fassen. So beantragen BSLA und a⁺, dass zur Ausscheidung von Biotopen regionaler und lokaler Bedeutung auch national prioritäre Lebensräume und gefährdete Arten berücksichtigt werden. GL, LU, ZH verlangen, dass auch schutzwürdigen Lebensräume in Abs. 1 integriert sowie die Vernetzung der Biotope regionaler und lokaler Bedeutung explizit angesprochen werden.

⁵² **Parteien:** glp, GPS, SPS. **Umwelt:** AI-In, Aps, AV, CIPRA, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, GP, MWS, NBW, NFS, NSP, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, SVU, VSA, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT.

⁵³ **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NFS, PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** SHS, SZH. **Andere:** CaF

Im Sinne der Aufgabenverteilung beantragt NW, dass Abs. 1 dahingehend einzuführen ist, dass der Kanton die regionalen Gebiete erlässt, die Gemeinden erlassen die lokalen Gebiete.

Verschiedene Organisationen insbesondere aus den Bereichen Wirtschaft sowie Sport / Erholung / Gesundheit verlangen eine Konkretisierung von Abs. 1. So sollen die Kantone die Ziele der Energiestrategie des Bundes berücksichtigen⁵⁴ oder weitere Akteure in die Bezeichnung der Biotope regionaler und lokaler Bedeutung einbeziehen (Gemeinden und Branchen⁵⁵; Bevölkerung und Akteure des Sports⁵⁶). Organisationen der Wirtschaft verlangen, dass die Nutzungsansprüche für die zu bezeichnenden Flächen sowie die Sachpläne des Bundes berücksichtigt werden.⁵⁷

Streichungsantrag

Eine Mehrheit der Teilnehmenden aus dem Energiebereich verlangt, Abs. 1 zweiter Satz (Auftrag zur Vernetzung und dem Erhaltung von Arten) zu streichen.⁵⁸ Sie argumentieren, dass Bund und Kantone die weiteren Interessen von nationaler Bedeutung (namentlich die Energiestrategie 2050) als mindestens gleichwertig zu beachten haben.

Art. 18b Abs. 2

VWS beantragt, als Ergänzung von Abs. 2 Massnahmen zum Schutz und dem Unterhalt der Biotope von regionaler und lokaler Bedeutung auf Gesetzesebene einzuführen.

Organisationen aus dem Sport, Erholungs- und Gesundheitsbereich monieren, dass es an gesamtschweizerischen Informationsplattformen fehlt, auf welchen sich die Bevölkerung über sämtliche nationalen, regionalen und lokalen Schutzgebiete und -bestimmungen informieren kann. Diese Organisationen fordern deshalb, dass die Kantone stärker in die Pflicht genommen werden, die geltenden Regelungen zielgruppengerecht zu kommunizieren.⁵⁹

NE beantragt, Abs. 2 zu streichen, da er die Aufgabenteilung Bund-Kantone nicht respektiert.

Art. 18b Abs. 3

Art. 18b Absatz 3 wird mehrheitlich kritisch aufgenommen oder zur Streichung empfohlen.

Einige Kantone, die kantonalen Konferenzen, Gemeinden, Die Mitte sowie verschiedene Organisationen, verlangen die Streichung von Abs. 3.⁶⁰ Sie argumentieren insbesondere, dass für den Natur- und Heimatschutz die Kantone zuständig sind. Somit sollen die Kantone nicht verpflichtet werden, Biotope von regionaler oder lokaler Bedeutung zu bezeichnen und formell unter Schutz zu stellen. Zudem soll der Bund den Kantonen nicht einen Mindestumfang an Biotopen von regionaler und lokaler Bedeutung vorschreiben oder die massgebenden Kriterien zur dieser Biotopen erlassen.

AG, BE, BL, FR, LU, NW, SO, TG, ZH unterstreichen, dass die Festlegung von Aufgaben zur Erarbeitung der ökologischen Infrastruktur in Art.18b sachfremd ist. Sie seien im neuen Art. 18^{bis} «Ökologische Infrastruktur» festzulegen.

⁵⁴ **Eidgenössische Kommissionen und Räte:** ElCom. **Energie:** ReP, SWG, VSE

⁵⁵ **Wirtschaft:** arv, cemsuisse, FKB, ZS

⁵⁶ **Sport / Erholung / Gesundheit:** Swiss Olympic Dachverband und Fachverband Swiss Athletics, PBS, PS, SAC, SC, SHV, SS, SWS

⁵⁷ **Wirtschaft:** economiesuisse, SAGV, SBV, SI, SM, ZRH

⁵⁸ **Energie:** AEE, Alpiq, Axpo, BKW, CKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, RG, SAK, SN, SSH, SWV

⁵⁹ **Sport / Erholung / Gesundheit:** Swiss Olympic Dachverband und Fachverband Swiss Athletics, PBS, PS, SAC, SC, SHV, SS, SWS

⁶⁰ **Kantone:** AG, AI, BE, BL, GL, LU, NW, SO, TI, VS. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere, LDK. **Parteien:** Die Mitte. **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** NOB. **Wirtschaft:** CP, economiesuisse, SAGV, SBS, SBV, SI, SM, ZRH, ZS. **Energie:** Alpiq, Axpo, BKW, CKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, ReP, RG, SAK, SAK, SN, SSH, SWV, VSE. **Land- / Forstwirtschaft:** SAV. **Raumplanung:** BSLA. **Andere:** AGB, HEV, SAB, USPI

Weitere Anträge

GR verlangt in einer Ergänzung von Abs. 3, dass der Bundesrat den Umfang an regionalen und lokalen Biotopen, die der Vernetzung nationaler Biotope dienen, im Einvernehmen mit den Kantonen festlegt. Auch Organisationen der Wirtschaft fordern, dass nicht der Bundesrat, sondern die Kantone festlegen, in welchem Umfang sie Biotope von regionaler und lokaler Bedeutung bezeichnen müssen.⁶¹ Zugleich verlangen diese Teilnehmenden, dass sich die Kantone dazu mit den Gemeinden und Branchen koordinieren.

4.1.8 Art. 18b^{bis} Ökologischer Ausgleich

Art. 18b^{bis} wurde kontrovers aufgenommen. Breit mitgetragen wird die Stossrichtung, die Siedlungsnatur stärker zu fördern. Entsprechend stimmen auch der Städteverband, einzelne Kantone, die Wissenschaft sowie regionale und landwirtschaftliche Verbände (z.B. SAB) zu, während die Mehrheit der Kantone und die Umweltkreise die heutigen Regelungen als ausreichend erachten.

13 Kantone sowie die BPUK und weitere führen an, dass die Planung der ökologischen Infrastruktur eine weitere Planung unnötig macht, die sich mit dem Umfang des ökologischen Ausgleichs befasst.⁶² Ohnehin können verursacherbedingte Ausgleichsmassnahmen nicht vorgängig geplant werden, sollen sich aber auf eine solide Grundlage (ökologische Infrastruktur) abstützen können. Mit der vorgeschlagenen Einführung von Art. 18b^{bis} Abs. 3 würde ausserdem eine nicht sachgerechte Vermischung von ökologischer Infrastruktur und ökologischem Ausgleich stattfinden. Eventualiter kommt aus den Reihen der Kantone⁶³ die Forderung, die beiden Stossrichtungen des ökologischen Ausgleichs bei der Formulierung des Art. 18b^{bis} zum Ausdruck zu bringen: a. eine verursacherbedingte Komponente, b. eine für die öffentliche Hand verpflichtende Komponente zur Biodiversitätsförderung innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebietes.

Teilnehmende aus Politik, Umwelt, Land- / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Kultur, Wissenschaft und andere verlangen die Streichung von Art. 18b^{bis}, schlagen jedoch vor, alternativ ein Impulsprogramm zur Stärkung der Biodiversität in Siedlungen und Agglomerationen aufzubauen.⁶⁴ Demnach soll die Biodiversität auf Basis des bisherigen Art. 18b Abs. 2 und mit einem Impulsprogramm des Bundes zusammen mit den Kantonen gefördert werden.

Sollte Art. 18b^{bis} in der Vorlage verbleiben, haben nebst den Kantonen weitere kritische Teilnehmende verlangt, dass zumindest Abs. 3⁶⁵ oder Abs. 4⁶⁶ respektive beide Absätze⁶⁷ gestrichen werden.

Die Teilnehmenden unterschiedlichster Bereiche verlangen im Rahmen des ökologischen Ausgleichs die Berücksichtigung ihrer (sektor-)spezifischen Interessen gegenüber: der Siedlungsentwicklung nach innen⁶⁸; der Wirtschaft, den Grundeigentümern sowie der Bevölkerung allgemein⁶⁹; der rohstofflichen Nutzung⁷⁰; Erholung, Bewegung, Sport⁷¹; der Kanton BE wünscht die Berücksichtigung der Bodenstrategie des Bundes.

⁶¹ **Wirtschaft:** arv, cemsuisse, FKB, SGV, ZS

⁶² **Kantone:** AG, AR, BE, BS, FR, GE, LU, NE, SO, TG, UR, ZG, ZH. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere

⁶³ **Kantone:** AG, AR, BE, FR, LU, SO, TG, ZH. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere

⁶⁴ **Parteien:** EVP, SPS. **Umwelt:** AI-In, Aps, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** SHS, SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

⁶⁵ **Kantone:** NE, SH. **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** NOB. **Wirtschaft:** economiesuisse, SAGV, SBS, SBV, SI, SM.

Land / Forstwirtschaft: SAV. **Andere:** AGB, HEV, SAB, SVIT.

⁶⁶ **Parteien:** glp. **Umwelt:** VWS

⁶⁷ **Kantone:** AG, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, NW, SO, ZH. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere. **Kultur:** FFW_HN.

Wirtschaft: ZRH. **Energie:** Alpiq, Axpo, BKW, CKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, RG, SAK, SN, SSH, SWV, VSE.

Wirtschaft: economiesuisse, SAGV, SBV, SI, SM. **Raumplanung:** ES. **Andere:** HEV, SVV, VIS

⁶⁹ **Wirtschaft:** AIHK, CP, HKBB, SBS. **Andere:** SVIT

⁷⁰ **Wirtschaft:** cemsuisse, FKB, ZS

⁷¹ **Sport / Erholung / Gesundheit:** Aero, Swiss Olympic Dachverband und Fachverband Swiss Athletics, PBS, PS, SAC, SC, SHV, SS, SWS.

Art. 18b^{bis} Abs. 1

Für Abs. 1 werden verschiedenste Anpassungen gefordert.

Teilnehmende aus den Bereichen Land- / Forstwirtschaft verlangen, den Begriff *Nutzung* durch *Beanspruchung* des Bodens zu ersetzen. So sollen sämtliche Akteure, die den Boden direkt nutzen, angesprochen werden, nicht nur die Land- und Forstwirtschaft, wie es die vorgeschlagene Formulierung vermuten lasse.⁷²

Organisationen der Wirtschaft fordern, dass auf den in Richt- und Nutzungsplänen vorgesehenen Flächen für den ökologischen Ausgleich alternativ auch ökologische Ersatzmassnahmen umsetzbar sind.⁷³

Die glp will die Ausführungen in Abs. 1 auf den ökologischen Ausgleich unter Berücksichtigung einer klimaverträglichen Energieversorgung (Energiestrategie 2050) fokussieren. Die Interessen der land- und waldwirtschaftlichen Nutzung sollen deshalb nicht berücksichtigt werden.

Teilnehmende aus dem Energiebereich monieren, dass die vorgeschlagene Formulierung von Abs. 1 über die bisherige Regelung hinausgeht.⁷⁴ Diese Teilnehmenden verlangen eine transparente Darlegung und Präzisierung der Formulierungen. Dies gilt insbesondere für den Ausdruck *geeignete Standorte*. Dieser lasse auf einzelne Anwendungsfälle schliessen.

BL verlangt eine generelle Prüfung und Schärfung des Art. 18b^{bis}, insbesondere die Integration der beiden Stossrichtungen des ökologischen Ausgleichs. Abs. 1 soll dahingehend ergänzt werden, dass Biodiversitätsförderflächen, die als freiwillige Massnahmen gelten, nicht als Flächen des ökologischen Ausgleichs gelten. Dass Waldflächen mit hoher Nutzung ebenfalls zu den intensiv genutzten Gebieten zählen sollen, geht dem Kanton SH zu weit. GR will den ganzen letzten Satz in Abs. 1 gestrichen haben, da es sich beim ökologischen Ausgleich vorwiegend um kleine Strukturen handelt und eine Ausscheidung von Kleinflächen als Richtplanobjekte nicht stufengerecht ist.

Art. 18b^{bis} Abs. 2

BE verlangt, dass die neuen Bestimmungen im NHG mit den bereits vorhandenen gesetzlichen Vorgaben im Raumplanungsgesetz und im Gewässerschutzgesetz abzustimmen sind (vgl. Art. 38a Abs. 2GSchG). Eine Ergänzung von Abs. 2 soll festhalten, dass für einen Verlust an Fruchtfolgeflächen nach den Vorgaben der Sachplanung des Bundes gem. Art. 13 RPG Ersatz zu leisten ist.

VS will die Massnahmen des ökologischen Ausgleichs auf sämtliche Landwirtschaftsflächen ausweiten, die für die Biodiversität wertvoll sind.

glp und aus dem Umweltbereich IF beantragen, dass die Massnahmen des ökologischen Ausgleichs mit Qualitätskriterien ergänzt werden.

HKBB verlangt die Aufhebung restriktiver Schutzflächen mit Nutzungseinschränkungen für die Grundeigentümer innerhalb der Siedlungsflächen. Die Organisation argumentiert, solche Nutzungseinschränkungen sind insbesondere im sich schnell wandelnden urbanen Raum für Investoren mit grossen Unsicherheiten verbunden.

⁷² **Land- / Forstwirtschaft:** AGORA, BVNW, BVOW, BVSZ, BVUR, JULA, LBV, PT, SAV, SBLV, SBV-USP, SGBV, SOBV, ZBB.

⁷³ **Wirtschaft:** economiesuisse, SAGV, SBV, SI, SM, ZRH.

⁷⁴ **Energie:** Alpiq, BKW, CKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, SAK, SN, SSH, SWV.

Teilnehmende aus dem Energiebereich fordern, dass sich die mit Abs. 2 angestrebte Vernetzung naturnaher Lebensräume vorab auf das Siedlungsgebiet beschränkt⁷⁵ oder dass Revitalisierungen nach Art. 38a GSchG als Ausgleichsmassnahme aufgeführt werden⁷⁶.

Art. 18b^{bis} Abs. 3

Streichungsantrag

Verschiedene Teilnehmende fordern, dass die Kompetenzordnung auch im Rahmen des ökologischen Ausgleichs gewahrt bleibt. Konkret wird die bundesstaatliche Kontingentierung der Höhe des ökologischen Ausgleichs abgelehnt. Der Bund soll für die nationalen Aspekte zuständig sein, die Kantone für regionale und lokale Aspekte.⁷⁷

Weitere Anträge

Die glp beantragt, den Artikel anzupassen und in Abs. 3 den Mindestanteil des ökologischen Ausgleichs zu definieren. Dieser orientiert sich an den in der Strategie Biodiversität Schweiz ausgewiesenen 17 % der Landesfläche, die als Schutzgebiete ausgewiesen werden sollen.

Seitens der Kantone wird festgestellt, dass in Abs. 3 eine Abgrenzungsproblematik zwischen den Begrifflichkeiten *ökologischer Ausgleich* und *ökologische Infrastruktur* besteht.⁷⁸ Der ökologische Ausgleich ist ein Naturschutzinstrument, mit dessen Hilfe die im Rahmen der ökologischen Infrastruktur geplanten Kern- und Vernetzungsgebiete in entsprechender Qualität und Quantität geschaffen werden können.

Art. 18b^{bis} Abs. 4

Streichungsanträge

gip und Akteure im Umweltbereich beantragen Abs. 4 zu streichen. Sie argumentieren, dass Flächen des ökologischen Ausgleichs einen minimalen ökologischen Standard aufweisen müssen, was die vom Bundesrat erwähnten Biodiversitätsflächen (BFF) nicht erfüllen.

Weitere Anträge

Der SFV verlangt, dass die Biodiversitätsförderflächen nach Art. 38 Abs. 1 WaG, die nicht an das Flächenziel angerechnet werden, für den ökologischen Ausgleich berücksichtigt werden können.

4.1.9 Art. 22 Abs. 3

Der Aufhebung von Art. 22. Abs. 3 wird zugestimmt.

4.1.10 Art. 24a Abs. 1 Bst. b

Der Neuregelung in Art. 24a Abs. 1 Bst. b wird mehrheitlich zugestimmt.

Insbesondere Umweltkreise verlangen die Ergänzung der Aufzählung in Art. 24a Abs. 1 Bst. b mit dem neu gefassten Art. 18^{bis}.⁷⁹

AI, TG, LDK sowie FFW_HN verlangen, dass die Bestimmungen mit Bezug auf die beantragten Änderungen anzupassen sind.

⁷⁵ **Energie:** Alpiq, Axpo, BKW, CKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, SAK, SN, SSH, SWV

⁷⁶ **Energie:** ReP, RG, SAK, VSE

⁷⁷ **Kantone:** AI. **Kantonale Konferenzen:** LDK. **teien:** Die Mitte, SVP. **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** NOB. **ParWirtschaft:** economiesuisse, SAGV, SBS, SBV, SI, SM, ZRH. **Land- / Forstwirtschaft:** SAV. **Andere:** AGB, HEV, SAB

⁷⁸ **Kantone:** BL, FR, GE, LU, NW, TG. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere

⁷⁹ **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF. **Land / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** SHS, SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT.

4.1.11 Art. 24c

Der Aufhebung von Art. 24c wird zugestimmt.

4.1.12 Art. 24e Einleitungssatz

Der Änderung wird grundsätzlich zugestimmt.

AG, BS, FR, LU, NW, ZH begrüßen ausdrücklich, dass mit der beantragten Änderung schutzwürdige Lebensräume, die noch nicht formell als Biotop unter Schutz stehen, besser erhalten bzw. bei widerrechtlichem Verhalten deren Wiederherstellung oder ansonsten angemessener Ersatz eingefordert werden kann.

AI, TG, LDK sowie FFW_HN verlangen, dass die Bestimmungen mit Bezug auf die beantragten Änderungen anzupassen sind.

Teilnehmende aus den Bereichen Umwelt, Land- / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Kultur, Wissenschaft und andere beantragen, die Aufzählung in Art. 24e Einleitungssatz mit Kerngebieten, insbesondere den Biodiversitätsgebieten, den Vernetzungsgebieten sowie dem neu gefassten Art. 18^{bis} zu ergänzen.⁸⁰ BVSGRT, GW verlangen die Aufzählung mit Kulturlandschaften zu ergänzen.

Streichungsantrag

Der SVP sowie Organisationen aus der Land- und Forstwirtschaft geht der Anwendungsbereich von Art. 24e auf schutzwürdige natürliche Lebensräume zu weit.⁸¹ Die Teilnehmenden argumentieren, die Neuregelung erschwert den Vollzug. Sie beantragen, die schutzwürdigen Lebensräume nach Art. 18 Abs. 1^{bis} sowie die Ufervegetation nach Art. 21 aus der Aufzählung zu streichen.

4.2 Bundesgesetz über die Kulturförderung (Kulturförderungsgesetz, KFG)

4.2.1 Art. 27 Abs. 3 Bst. c

Den Änderungen in Art. 27 wird zugestimmt.

4.3 Bundesgesetz über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LwG)

4.3.1 Art. 70a Abs. 2 Bst. d

Die Teilnehmenden stimmen der vorgeschlagenen Änderung mehrheitlich zu. Die Ergänzung der regionalen und lokalen Objekte ist für die Kantone sehr wichtig, da die Biotope von regionaler und lokaler Bedeutung wichtige Stützen der ökologischen Infrastrukturen darstellen.

Verschiedene Kantone unterstreichen, dass mit der Integration regionaler und lokaler Biotope in den ökologischen Leistungsnachweis eine Lücke geschlossen wird, die in der Vergangenheit immer wieder Stein des Anstosses war.⁸² Auf der einen Seite hat das NHG den Schutz und Unterhalt der Biotope von regionaler und lokaler Bedeutung eingefordert, auf der anderen Seite hat das Landwirtschaftsgesetz die Einhaltung dieses Schutzes als Voraussetzung zur Erfüllung des Ökologischen Leistungsnachweises und somit zur Ausrichtung von Direktzahlungen nicht verlangt.

Die SPS und aus dem Kulturbereich SHS und SZH beantragen, dass Art. 70a Abs. 2 Bst. c mit Anforderungen bezüglich Biodiversität ergänzt wird, insbesondere soll präzisiert werden, dass die qualitativ hochstehenden Biodiversitätsflächen sehr wichtig sind.

⁸⁰ **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NVBDN, NBW, NFS, NSVE, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** SHS und Sektionen (AG, AR, BE, BS, GE, GL, GR, SGAI, SH, SO, SZH, TI, VD, ZG, ZH). **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT.

⁸¹ **Parteien:** SVP. **Land- / Forstwirtschaft:** BVNW, BVOW, BVSZ, BVUR, JULA, LBV, SBLV, SBV-USP, SGBV, SOBV, SVIL, ZBB.

⁸² **Kantone:** BE, FR, GL, LU, NW, OW, SO, ZH.

Ergänzungsanträge

BE, glp sowie Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Land / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Kultur, Wissenschaft und andere beantragen, dass die Neuregelung auf Pufferzonen der Biotope nach Art. 18b NHG ausgedehnt wird.⁸³ Die Teilnehmenden argumentieren, die vorschriftsgemässe Bewirtschaftung der Biotope und ihrer Pufferzonen gegen Nährstoff- und Pestizideintrag ist für den Schutz der Biotope von grösster Bedeutung.

Die glp fordert einen Mindestanteil von 10 % Biodiversitätsförderflächen für alle Kulturen. Die Partei begründet ihren Antrag damit, dass der Anteil Biodiversitätsflächen besonders im Mittelland und in Ackerbaugebieten sehr tief sei.

Streichungsanträge

AI, TG, TI, UR, ZG sowie die LDK lehnen die beantragte Änderung ab. Sie führen an, dass es nicht Sache der auf die rechtmässige Ausrichtung von Direktzahlungen ausgelegten landwirtschaftlichen Kontrollen ist, die Einhaltung von Bewirtschaftungsvorschriften nach kantonalen Naturschutzgesetzgebungen zu überprüfen.

Verschiedene Organisationen aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft monieren, dass die Definition von *besonders wertvoll* zu viel Interpretationsspielraum zulässt.⁸⁴ Die Teilnehmenden betonen zudem, dass die Finanzierung allfälliger besonderer Massnahmen keinesfalls über das Agrarbudget erfolgen darf. AGORA verlangt, dass keine neuen Kriterien für Biodiversitätsförderflächen festgelegt werden.

AG verweist darauf, dass die Kantone den Schutz und den Unterhalt regionaler und lokaler Objekte schon heute sicherstellen und regelmässig überprüfen. Die Kontrolle solcher Biotope soll wie bis anhin im Rahmen von Bewirtschaftungsverträgen objektbezogen kontrolliert und entsprechend sanktioniert werden. Die beantragte Änderung würde die Organisationsfreiheit der Kantone einschränken.

4.3.2 Art. 73 Abs. 2 zweiter Satz

Die Teilnehmenden sprechen sich mehrheitlich gegen die beantragte Ergänzung aus. Sie führen an:

Die Biodiversitätsförderflächen (BFF) gemäss Landwirtschaftsgesetzgebung sind keine Schutzgebiete, sie können deshalb nicht als Kerngebiete zum Schutzflächenziel angerechnet werden⁸⁵; die durch den Bundesrat vorgeschlagene Änderung entfällt, sofern die der Art. 18^{bis} (neu) ökologische Infrastruktur eingeführt werden soll. Andernfalls soll Abs. 2 dahingehend umformuliert werden, dass auch Lage und Qualität der BFF als Abgeltungstatbestand aufgenommen werden⁸⁶; BFF gemäss Landwirtschaftsgesetzgebung sollen weiterhin freiwillig vereinbart und dann auch wieder aufgelöst werden können. Indem sie auf den Status eines Schutzobjekts gehoben würden, ginge diese Freiwilligkeit verloren.⁸⁷

BSLA und a⁺ halten fest, dass Biodiversitätsförderflächen alleine nicht genügen, die Biodiversität im Landwirtschaftsgebiet zu erhalten. Die Organisationen beantragen, analog zum NHG im Landwirtschaftsgesetz eine Grundlage zu schaffen, dass weitere geeignete Massnahmen finanziell unterstützt werden können.

⁸³ **Kantone:** BE. **Parteien:** glp. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, WWF. **Land / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** SFV-FSP. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT

⁸⁴ **Land- / Forstwirtschaft:** BVNW, BVOW, BVSZ, BVUR, JULA, LBV, SBLV, SBV-USP, SGBV, SOB, VSGP, ZBB

⁸⁵ **Kantone:** AG, BE, BS, TG, ZH. **Kantonale Konferenzen:** LDK. **Parteien:** GPS. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Kultur:** FFW_HN

⁸⁶ **Parteien:** SPS. **Umwelt:** AI-In, Aps, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

⁸⁷ **Kantone:** AG, AI, BS, GE, LU, TI. **Kantonale Konferenzen:** LDK. **Parteien:** glp, GPS. **Land- / Forstwirtschaft:** AGORA, PT

Organisationen aus der Wirtschaft betonen, dass Qualität vor Quantität kommt. Wenn schon Schutzflächen für die Biodiversität definiert werden, sollte deren Qualität in Bezug auf Biodiversität so hoch als möglich ausfallen.⁸⁸

4.4 Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)

Die Änderungen im JSG wurde von den Teilnehmenden mehrheitlich angenommen.

Einige Teilnehmende aus Politik sowie aus den Bereichen Wirtschaft, Land- / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei sprechen sich jedoch grundsätzlich dagegen aus, Artikel der im Rahmen der Volksabstimmung vom 27. September 2020 verworfenen Revision des Jagdgesetzes wieder aufzunehmen.⁸⁹ Diese Teilnehmenden argumentieren, dass diese Artikel im Rahmen einer zukünftigen Revision des Jagdgesetzes zu behandeln sind. Die Mitte moniert, es sei wenig zielführend, den abgelehnten Teil der Vorlage, der sich mit dem Schutz befasst, neu vorzulegen, ohne auch die Bestandesregulierung von Grossraubtieren zu thematisieren. JULA, SBV-USP, SOB, SOBV verlangen zudem, dass in diesem Zusammenhang die Anliegen der Landwirtschaft hinsichtlich der Wolfsregulierung berücksichtigt werden müssen.

a⁺ beantragt, dass Beiträge der Wildtierschutzgebiete an Biodiversitätserhaltung und -förderung aufzuzeigen sind. Im JSG wie auch in der Verordnung über die eidgenössischen Jagdbanngebiete (VEJ) muss erwähnt werden, dass Wildtierschutzgebiete nicht nur dem Schutz der in Art. 2 JSG aufgeführten Arten(gruppen) dienen, sondern neben dem Jagdverbot zusätzliche Beiträge zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität leisten sollen, beispielsweise für Lebensräume.

4.4.1 Art. 11 Abs. 2-6. Ersatz von Ausdrücken

Der Vorschlag des Bundesrats, den Ausdruck «Jagdbanngebiete» durch «Wildtierschutzgebiete» zu ersetzen, wird mehrheitlich positiv aufgenommen. Unterstützt wird die Einführung des Begriffs «Wildtierschutzgebiete» insbesondere durch JS, durch die Parteien glp, GPS sowie durch Organisationen im Umwelt- und Kulturbereich. Einige Organisationen aus den Bereichen Politik, Umwelt, Land- / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Kultur, Wissenschaft und andere stimmen dem Namenswechsel unter dem Vorbehalt weiterer Schutzmassnahmen zu.⁹⁰ So sollen Schutzbestimmungen zugunsten der weiteren Tier- und Pflanzenarten sowie ihrer Lebensräume umgesetzt werden. Einige Teilnehmenden führen an, die Umbenennung ist nachvollziehbar, obwohl erst im September 2020 unter anderem diese Gesetzesänderungen in der Referendumsabstimmung zum revidierten Jagdgesetz abgelehnt wurden.⁹¹ AI argumentiert, der Begriff des Jagdbanngebiets ist nicht mehr zeitgemäss.

Anträge

GL, NW sowie BPUK und weitere verlangen, dass die bisherigen Bestimmungen und Kriterien der Jagdbanngebiete mit dem Namenswechsel nicht geändert und dass die Kantone bei einer zukünftigen Änderung angehört werden.

BSLA und a⁺ beantragen, dass Erhaltungs- und Förderungsmassnahmen die Gefährdungsursachen der Arten und Lebensräume sowie aktuelle Erkenntnisse zu ökologischen Zusammenhängen und zur Wirksamkeit der Massnahmen berücksichtigt werden müssen. Dies beispielsweise im Rahmen der kantonalen Planungen der ökologischen Infrastruktur.

⁸⁸ **Wirtschaft:** economiesuisse, SAGV, SBV, SI, SM

⁸⁹ **Parteien:** Die Mitte, FDP. **Wirtschaft:** SBS. **Land- / Forstwirtschaft:** BVNW, BVOW, BVUR, BVSZ, JULA, LBV, SBLV, SBV-USP, SGBV, SOB, ZBB. **Jagd / Fischerei:** BVSGRT. **Privatpersonen:** GW

⁹⁰ **Parteien:** SPS. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, JU, VD), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS. **Kultur:** FFW, HN, SHS, SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT

⁹¹ **Land- / Forstwirtschaft:** BOSS, SZV. **Jagd / Fischerei:** LWG, VSLvGRT, VsvGZ

Streichungsantrag

Gegen einen Namenswechsel sprechen sich Teilnehmende aus den Bereichen Gemeinden, Wirtschaft, Land / Forstwirtschaft, Jagd / Fischerei, Sport / Erholung / Gesundheit und weitere aus.⁹² Sie befürchten, dass die beantragte Umbenennung neue / unspezifische / generelle Schutzmassnahmen oder Einschränkungen im Zugang zu den Jagdbanngeländen nach sich zieht. Der SAV unterstreicht, dass weitere Schutzmassnahmen in der aktuellen Situation mit weitgehend zu hohen Wildbeständen kontraproduktiv für die Waldverjüngung wäre sowie eine Reduktion der Verfügbarkeit an Weidefutter auf den Sömmerungsflächen aufgrund der intensiven Beweidung durch das Wild nach sich zieht. Sollte der Streichungsantrag nicht angenommen werden, verlangt der SAC, dass mit der vorgeschlagenen Namensänderung keine Ausweitung der Schutzfunktion der Jagdbanngelände einhergeht.

4.4.2 Art. 11 Abs. 6 zweiter Satz

Die vorgeschlagene Änderung erhält mehrheitlich Unterstützung.

Einige Kantone, kantonale Konferenzen und Organisationen begrünnen explizit, dass mit der vorgesehenen Ergänzung von Art. 11 Abs. 6 Flächen der ökologischen Infrastruktur gefördert werden können oder unterstützen die Vorlage generell.⁹³ GE beantragt, dass bei der Abgeltung von Massnahmenkosten auch Personalressourcen finanziert werden. VWS fordert, dass das Jagdgesetz mit einem konkreten Auftrag an die Jagdverwaltungen für Fördermassnahmen zu ergänzen ist. Organisationen aus dem Bereich Sport / Erholung / Gesundheit beurteilen die beantragte Änderung kritisch und sprechen sich gegen neue Einschränkungen in der Zugänglichkeit der Jagdbanngelände aus. Ausserdem verwehren sie sich gegen eine Ausweitung der Bestimmung auf kantonale Jagdbanngelände.⁹⁴

4.4.3 Art. 11a Überregionale Wildtierkorridore

Der Vorlage wird mehrheitlich positiv aufgenommen.

Einige Kantone begrünnen insbesondere, dass mit der Einführung von Art. 11a die überregionalen Wildtierkorridore als Instrument gegen die Lebensraumfragmentierung gefördert werden können.⁹⁵ Dies vor dem Hintergrund, dass die überregionalen Wildtierkorridore in der ökologischen Infrastruktur eine zentrale Bedeutung für die Vernetzung haben.

Anträge

Verschiedene Kantone und Organisationen verlangen, dass im Abs. 3 bei den Abgeltungen nach JSG nur jene gemeint sind, die nicht auf Grund des Verursacherprinzips bereits anderweitig gedeckt sind.⁹⁶ BSLA und a⁺ fordern, dass bei der Bezeichnung der Wildtierkorridore, die momentan auf Grosssäugetiere ausgelegt sind, auch die Vernetzungsbedürfnisse weiterer Organismengruppen berücksichtigt werden. Die EICom sowie Teilnehmende aus dem Energiebereich verlangen übergeordnete Güterabwägungen.⁹⁷ EICom führt an, dass eine Vergrösserung der Schutzflächen allgemein das Konfliktpotenzial mit Projekten für den Bau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und von Leitungen erhöht und fordert deshalb Interessensabwägungen im Einzelfall. Organisationen aus dem Energiebereich monieren ausserdem, dass im Gesetzesentwurf die Anerkennung der Energiestrategie und damit die Möglichkeit zur Güterabwägung fast durchgängig fehlt. Axpo und CKW verlangen, dass die Wildtierkorridore im RPG verankert werden.

⁹² **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** NOB. **Wirtschaft:** SBS. **Land- / Forstwirtschaft:** SAV. **Jagd / Fischerei:** BVSGRT. **Sport / Erholung / Gesundheit:** Aero, Swiss Olympic Dachverband und Fachverband Swiss Athletics, PBS, PS, SAC, SHV, SS. **Andere:** AGB, SAB. **Privatpersonen:** GW.

⁹³ **Kantone:** AG, AI, BS, FR, GL, LU, TG. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere

⁹⁴ **Sport / Erholung / Gesundheit:** Swiss Olympic Dachverband und Fachverband Swiss Athletics, SAC, SC, SHV, SWS

⁹⁵ **Kantone:** AG, AI, BE, FR, GL, NW, ZG. **Andere:** ZT.

⁹⁶ **Kantone:** AG, BE, BS, FR, GL, NW, ZG, ZH. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD), PBW, PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VWS. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

⁹⁷ **Eidgenössische Kommissionen und Räte:** EICom. **Energie:** BKW, ReP, RG, SAK, VSE

4.5 Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)

4.5.1 Art. 7a Gebiete von nationaler Bedeutung

Der neue Art. 7a wird von einer Mehrheit der Teilnehmenden im Grundsatz begrüsst, viele Teilnehmende befürworten zudem eine Ausweitung der neuen Schutzgebiete auf weitere Organismengruppen und ihre Lebensräume. Die Energieanbieter lehnen eine neue Art von Schutzgebieten zugunsten von Fisch- und Krebsarten jedoch ab und beantragen die Streichung dieses Artikels.

ENHK-EKD weisen in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass Qualitätsanforderungen und konkrete Schutzziele zu definieren sind, so dass die neuen Fischschutzgebiete einen wirkungsvollen Beitrag zur Stärkung der Biodiversität leisten können.

Anträge

Der Antrag zur Ausdehnung der Neuregelung 7a und 12 Abs. 1^{bis} auf alle gefährdeten Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume im aquatischen Bereich wird breit getragen.⁹⁸ Insbesondere die Umweltorganisationen betonen, dass unter dem Schutz auch die Aufwertung und Wiederherstellung zu verstehen ist.

AR verlangt zudem, dass sämtlichen Gewässerräumen im NHG besser Rechnung getragen wird, insbesondere Gewässertypen in den Alpen und Voralpen, die für Flusskrebspopulationen ebenfalls von Bedeutung sind.

ZH führt an, dass – um eine nachhaltige Schutzwirkung der neuen Gebiete zu erzielen – in der ausführenden Verordnung Festlegungen zu treffen sind, die über die Definition der Schutzziele und der erlaubten (fischereilichen) Nutzung hinausgehen. ZH nennt als Beispiele grössere Restwassermengen für solche Gebiete, verschärfte gewässerschutzrechtliche Vorgaben betreffend die Einleitung von Abwässern und Einträgen aus der Landwirtschaft oder einen wesentlich grösseren Gewässerraum.

Kritische Rückmeldungen verfolgen teilweise gegenläufige Ziele: eine führende Rolle der Kantone bei der Bezeichnung der Gebiete (AI, SAB), der Festlegung der Schutzziele und der zulässigen Nutzung (BL, ZG); einen schwächeren Einbezug der Kantone im Sinne, dass ein Einvernehmen nicht nötig und eine Anhörung der Kantone ausreichend ist (glp); dass die Schutzziele höher zu gewichten sind als die Wasserkraft (BL); dass die Umsetzung der Energiestrategie sichergestellt ist. Hierzu sind einige Streichungsanträge eingegangen.

EICom verweist darauf, dass bestehende Anlagen der erneuerbaren Energien im Rahmen der Festlegung der Schutzziele und der zulässigen Nutzung zu berücksichtigen sind. AI unterstreicht, dass neue Schutzgebiete keine Ausschlussgebiete für neue Wasserkraftanlagen darstellen dürfen.

SG betont, wasserbauliche Eingriffe zum Hochwasserschutz müssen weiterhin möglich sein.

Streichungsanträge

Insbesondere Energieanbieter befürchten⁹⁹, dass die neue Regelung dazu genutzt werden wird, die Restwasseranforderungen bei Erneuerung bestehender Wasserechte weiter zu verschärfen – mit zusätzlichen, negativen Auswirkungen auf die Wasserkraftproduktion und letztlich auch auf die Zielsetzungen der Energiestrategie des Bundes. Zudem argumentieren diese Teilnehmenden, auf die Schaffung neuer Schutzgebiete im Gewässerbereich, ist zu verzichten, solange nicht die bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben konsequent umge-

⁹⁸ **Kantone:** AG, AI, BE, FR, GR, NW, SO, TG, ZG, ZH. **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere. **Parteien:** glp, GPS, SPS. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA, WWF. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-SFP. **Kultur:** FFW_HN, SHS, SZH. **Wissenschaft:** a+, ETH-Rat, FiBL. **Andere:** ZT.

⁹⁹ **Wirtschaft:** SBS. **Energie:** AEE, Alpiq, Axpo, BKW, CKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, RG, SAK, SN, SSH, SWW, VSE

setzt werden. SBS fordern, dass es weiterhin möglich sein muss, Anlagen der Beschneidungsinfrastruktur im Gewässerbereich neu zu bauen, zu erneuern und zu betreiben. Künstlich erstellte Wasserspeicher sind von einer allfälligen Inventarisierung auszunehmen.

Organisationen der Wirtschaft fordern, dass mögliche Zielkonflikte des Gegenvorschlags mit der Energiestrategie des Bundes angesprochen werden. Bereits unter der geltenden Gesetzgebung müssen die Anforderungen zugunsten von Fisch- und Krebsarten, die vom Aussterben bedroht sind, besonders berücksichtigt werden, die Schaffung einer neuen nationalen Art von Schutzgebiet für Fische und Krebse ist daher unnötig.¹⁰⁰

Weitere Anträge

Teilnehmende aus dem Bereich Land- und Forstwirtschaft begrüßen zwar den Willen, den Schutz aquatischer Lebensräume zu verstärken. Diese Teilnehmenden wehren sich jedoch vehement dagegen, dass sich diese Schutzausweitung in zusätzlichen Massnahmen für die Landwirtschaft niederschlägt.¹⁰¹

4.5.2 Art. 12 Sachüberschrift, Abs. 1^{bis} und 2

Die vorgeschlagenen Änderungen werden mehrheitlich angenommen (s. ebenfalls Art. 7a). Streichungsanträge kommen von Organisationen aus dem Energiebereich und ergeben sich aus den Streichungsanträgen zu Art. 7a¹⁰².

Weitere Anträge

GE beantragt, dass auch Personalressourcen finanziert werden. SO und BSLA verlangen eine Erhöhung der Abgeltungen an die Kosten für die Erhaltung der Gebiete nach Art. 7a. SO auf mindestens 50 %, BSAL auf mindestens 65 %.

5 Auswirkungen auf die öffentliche Hand

Insbesondere Teilnehmende aus dem Umweltbereich, aber auch seitens der Parteien GPS und SPS weisen darauf hin, dass es angesichts des schlechten Umweltzustands deutlich mehr Finanzen braucht für die Biodiversität in der Schweiz. In ihrer gemeinsamen Stellungnahme bemängeln ENHK-EKD, dass der Vollzug der gesetzlichen Grundlagen des Naturschutzes durch die ungenügenden Ressourcen bei Bund und Kantonen (Finanzen, Personal) sowie durch die zunehmende Konkurrenz um die erforderlichen Flächen stark behindert wird. Die GPS bemängelt, dass der Bedarf an personellen Ressourcen beim Bund deutlich höher angesetzt werden muss, als die sieben im erläuternden Bericht aufgeführten zusätzlichen Stellen. Aus dem Wirtschaftsbereich wirft ZRH die Frage auf, ob es für die Behebung der Vollzugsprobleme eine Änderung des NHG braucht, zumal das Hauptproblem bei den fehlenden Ressourcen für die Umsetzung der bereits existierenden Instrumente liegt. Die SVP moniert, dass die zusätzlichen Mittel von 100 Millionen Franken unbegründet und somit willkürlich sind.

5.1 Finanzielle Auswirkungen auf die Kantone

Ein Grossteil der Teilnehmenden bemängelt, dass im erläuternden Bericht lediglich Kostenschätzungen aufgeführt sind und dass eine Beurteilung der Kosten zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich oder zu früh sei. Knapp die Hälfte der Kantone, BPUK und weitere, seitens der Parteien die SPS sowie insbesondere die Umweltorganisationen weisen darauf hin, dass die Kostenberechnung auf Basis der kantonalen Planungen der ökologischen Infrastruktur erfolgen muss.¹⁰³ Einige Kantone, seitens der Parteien GPS und SPS, die Umweltorganisationen

¹⁰⁰ **Wirtschaft:** economiesuisse, SAGV, SBV, SI, SM

¹⁰¹ **Land / Forstwirtschaft:** BVNW, BVOW, BVSZ, BVUR, JULA, LBV, SBH, SBLV, SBV-USP, SGBV, SOBV, VS GP, ZBB.

¹⁰² **Energie:** AEE, Alpiq, BKW, EKW, EWZ, KHR, KwO, KwZ, ReP, RG, SAK, SAK, SN, SSH, SWV

¹⁰³ **Kantone:** AG, AR, BE, BL, BS, FR, GL, LU, NW, SO, ZG, ZHJ, **Kantonale Konferenzen:** BPUK und weitere. **Parteien:** SPS. **Umwelt:** AI-In, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVH, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD),

und weitere Teilnehmende fordern, dass der Bund einen grösseren Finanzierungsanteil im Rahmen der Massnahmensubventionierung übernehmen muss.¹⁰⁴ AR, LU verlangen, dass allfällige Mehrkosten gegenüber dem üblichen Niveau der Programmvereinbarungen durch den Bund oder alternative Finanzierungsmechanismen zu decken sind. SGemV weist darauf hin, dass die wirtschaftliche Tragbarkeit der Vorlage für die Gemeinden erst nach einer Feinanalyse der Kosten für jeden Kanton und jede Gemeinde beurteilt werden kann. SGemV verlangt zudem, dass auch die Gemeinden von Finanzhilfen des Bundes gemäss Art. 14a NHG profitieren können.

Weitere Anträge

OW schlägt vor, analog Art. 2 Abs. 4 der Wasserbauverordnung vom 2. November 1994¹⁰⁵ einen Schwerfinanzierbarkeitszuschlag einzuführen, um die starke finanzielle Belastung von Kantonen mit überdurchschnittlich grossen Anteilen an Biotopen von nationaler Bedeutung zu mildern. VS möchte die den Kantonen entstehenden Umsetzungskosten zwischen den Kantonen aufteilen. GR, der ETH-Rat sowie eine Privatperson verlangen, dass der Bund vorranglich seine Subventionen auf Fehlanreize hin überprüft und diese gegebenenfalls beseitigt. AG beantragt zu prüfen, ob für die Anlage von Biodiversitätsförderflächen (BFF) in den Vernetzungsgebieten im Kulturland ein zusätzlicher finanzieller Anreiz in Ergänzung zu den BFF- und Vernetzungsbeiträgen nach Landwirtschaftsgesetz geschaffen werden kann. BE bemängelt, es sei unklar, ob in den 100 Mio. CHF, die der Bund zur Verfügung stellen will, Gelder für die Neophytenbekämpfung vorgesehen sind. BE beantragt deshalb, dass der Bund im Rahmen der Programmvereinbarung Gelder für die Neophytenbekämpfung zur Verfügung stellt. NOB, SAV, SAB schlagen vor, das Flächenziel zu streichen und damit die Umsetzungskosten zu reduzieren.

Mit Bezug zur Baukultur weist ZH schliesslich darauf hin, dass die beim Bund zur Verfügung stehenden Finanzmittel zur Sicherung des baukulturellen, archäologischen und landschaftlichen Erbes als etablierter Bereich der Baukultur für zukünftige Generationen nachweislich nicht ausreichen.

5.2 Personelle Auswirkungen auf die Kantone

Knapp die Hälfte der Kantone fordert, dass sich der Bund innerhalb des vorgeschlagenen Kostenrahmens von 100 Mio. CHF auch an zusätzlichen Personalkosten bei den Kantonen beteiligt (Mitfinanzierung von Stellen in den Kantonen oder zumindest Anschubfinanzierungen).¹⁰⁶

Breite Unterstützung insbesondere seitens der Umweltorganisationen erhält der Antrag, die personellen Ressourcen sowohl im Bundesamt für Umwelt als auch an anderen Bundesämtern sowie den Kantonen zu erhöhen. Dabei soll der Bund die Aufstockung der personellen Ressourcen bei den Kantonen mit einem Impuls- oder Förderprogramm unterstützen.¹⁰⁷

5.3 Auswirkungen auf weitere Akteure

SVP und ES fordern, dass durch die vorgeschlagenen Neuregelungen keine zusätzlichen Kosten für private Akteure entstehen werden. SBB beantragt, die Botschaft soll präzisieren,

PUSCH, SL-FP, SVS, SVU, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

¹⁰⁴ **Kantone:** GL, GR, NE, VD, ZH. **Parteien:** GPS, SPS. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVH, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD), PUSCH, SL-FP, SVS, SVU, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS. **Kultur:** SHS. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT

¹⁰⁵ SR 721.100.1

¹⁰⁶ **Kantone:** AG, AR, BL, BS, GL, LU, NW, SO, VD, VS, ZG, ZH

¹⁰⁷ **Parteien:** GPS, SPS. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVH, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS. **Kultur:** SHS und Sektionen (AG, AR, BE, BS, GE, GL, GR, SGAI, SO, TI, VD, ZH), SZH. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** USPI, ZT.

unter welchen Bedingungen Transportunternehmen entschädigt werden können für Massnahmen zugunsten der gebietsspezifischen Schutzziele und wer, Bund oder Kantone, über diese Entschädigungen befindet.

Anhang A: Anträge ausserhalb der Vorlage

Änderungen sind durchgestrichen, Ergänzungen unterstrichen.

Tabelle 3. Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG)

Artikel	Antrag / Kommentar	Teilnehmende / Fussnote
Art. 1 Bst. e Zweckartikel	Ergänzung Bst. e. die Lehre und Forschung, die Aus- und Weiterbildung von Fachleuten <u>sowie die Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit</u> [...] fördern.	Umwelt: zoo
Art. 1 Bst. g Zweckartikel	Neu Bst. g. <u>die durch Weidewirtschaft erschaffene Kulturlandschaft zu erhalten und ihr den Vorrang vor Artenschutz zu geben.</u>	Jagd / Fischerei: BVSGRT. Privatpersonen: GW
Art. 6 Abs. 2 Bedeutung des Inventars	Ergänzung. Abs. 2 dahingehend ergänzen, dass der Kerngehalt der Schutzwerte in jedem Fall ungeschmälert erhalten bleibt.	108
Art. 6 Abs. 2 Bedeutung des Inventars	Ergänzung. <u>Bei der Interessenabwägung sind die wesentlichen Merkmale der Inventarobjekte stärker zu gewichten.</u>	Kantone: BL
Art. 6 Abs. 3 Bedeutung des Inventars	Neu Abs. 3. <u>Der Kerngehalt der Schutzwerte von grossflächigen oder besonders bedeutsamen Inventarobjekten ist ungeschmälert zu erhalten. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten in der Verordnung, namentlich bezeichnet er die grossflächigen und besonders bedeutsamen Inventarobjekte.</u>	Kantone: BE
Art. 9 Anderweitige Begutachtung	Ergänzung. [...]; ausserdem kann sie Organisationen, die im Bereich des Naturschutzes, <u>der Baukultur</u> , [...]	Kultur: SBKS
Art. 12 Abs. 1. Bst b Beschwerdeberechtigung	Ergänzung Bst. b. Den Organisationen, die sich dem Naturschutz, <u>den erneuerbaren Energien, der Landwirtschaft</u> , dem Heimatschutz, der Denkmalpflege, oder verwandten Zielen widmen, unter folgenden Voraussetzungen: [...]	Wirtschaft: BMS

¹⁰⁸ **Kantone:** BS. **Parteien:** SPS. **Eidgenössische Kommissionen und Räte:** SUK. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** AGUS, AKD, AP, ARS, AS, DAH, MCAH, NIKE, SAM, SCGUP, SHS, SZH. **Sport / Erholung / Gesundheit:** SAC. **Ramplung:** BSA. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT.

Art. 12i Beschwerdeberechtigung	Neuer Art. 12i. <u>Gegen Entscheide kantonaler Behörden, in welchen Artikel 12h anwendbar ist, steht den Organisationen, die sich dem Naturschutz, dem Heimatschutz, der Denkmalpflege oder verwandten Zielen widmen, das Beschwerderecht zu. Die Artikel 12 – 12f sind sinngemäss anwendbar.</u>	109
Art. 14 Beiträge an Organisationen	Änderung. Der Bund kann Organisationen des Naturschutzes, des Heimatschutzes und der Denkmalpflege von gesamtschweizerischer Bedeutung an die Kosten ihrer im öffentlichen Interesse liegenden Tätigkeit <u>von gesamtschweizerischer Bedeutung</u> Beiträge ausrichten.	Kantone: BS
Art. 14 Beiträge an Organisationen	Änderung. Der Bund kann Organisationen des Naturschutzes, des Heimatschutzes und der Denkmalpflege von gesamtschweizerischer Bedeutung, <u>die sich für die Biodiversität, den Heimatschutz und die Denkmalpflege engagieren</u> , an die Kosten ihrer im öffentlichen Interesse liegenden Tätigkeit Beiträge ausrichten.	Land- / Forstwirtschaft: SFV
Art. 14a Forschung, Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit	Anpassung. Forschung, Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, <u>Förderung der Artenvielfalt, Beratung</u> [...] c. <u>Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung;</u> d. <u>spezifische Massnahmen der Förderung der Artenvielfalt und die dazugehörige Beratung</u>	110
Art. 14a Forschung, Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit	Neu Bst. d. <u>Massnahmen zur Lenkung von Erholungssuchenden</u>	Land- / Forstwirtschaft: SFV

¹⁰⁹ **Kantone:** AG, BS. **Parteien:** GPS, SPS. **Eidgenössische Kommissionen und Räte:** SUK. **Gemeinden / Städte / Berggebiete:** SSV. **Kultur:** AGUS, AKD, AP, ARS, AS, BSA, DAH, MCAH, NIKE, SAM, SCGUP, SHS, SZH. **Umwelt:** AI-IN, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN (Sektionen: BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF, ZT. **Land- und Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd und Fischerei:** JS, SFV_FSP. **Sport / Erholung / Gesundheit:** SAC. **Wissenschaft:** FiBL, **Andere:** CaF.

¹¹⁰ **Parteien:** glp, GPS, SPS. **Umwelt:** AI-In, Aps, AV, CIPRA, GP, IF (nur Bst. d), MWS, NBW, NFS, NSP, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SFV, SBH. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** SHS, SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, ZT

Art. 18 Abs. 1 Schutz von Tier- und Pflanzenarten	Aufnahme in Abs. 1. Legaldefinition des Begriffs "ökologische Infrastruktur" ins NHG.	Kantone: GR
Art. 18 Abs. 1 Schutz von Tier- und Pflanzenarten	Ergänzung Abs. 1. Dem Aussterben einheimischer Tier- und Pflanzenarten ist durch die <u>Sicherung einer ökologischen Infrastruktur</u> entgegenzuwirken. <u>Dazu gehören die Erhaltung</u> genügend grosser Lebensräume (Biotope), <u>Vernetzungskorridore</u> und andere geeignete Massnahmen entgegenzuwirken . Bei diesen Massnahmen ist schutzwürdigen land- und <u>waldwirtschaftlichen</u> Interessen Rechnung zu tragen.	Land / Forstwirtschaft: SFV
Art. 18 Abs. 1 zweiter Satz Schutz von Tier- und Pflanzenarten	Ergänzung zweiter Satz. Bei diesen Massnahmen ist schutzwürdigen land- und forstwirtschaftlichen Interessen <u>sowie der Bedeutung von Naturräumen für Erholung, Bewegung und Sport</u> Rechnung zu tragen.	Sport / Erholung / Gesundheit: Swiss Olympic Dachverband und Fachverband Swiss Athletics, PBS, PS, SAC, SC, SHV, SS, SWS
Art. 18 Abs. 1, Art. 19 (französische Version)	Antrag: Streichung betrifft Art. 18 Abs. 1, Art. 19 (französische Version) "l'agriculture et la sylviculture" unverändert belassen Eventualantrag: Anpassung betrifft Art. 18 Abs. 1, Art. 19 (französische Version) "l'agriculture et la sylviculture" ersetzen durch "les exploitations agricoles et sylvicoles" bzw. "les exploitations agricoles et forestières"	Land- / Forstwirtschaft: SFV
Art. 18 Abs. 1 ^{bis} Schutz von Tier- und Pflanzenarten	Ergänzung Abs. 1 ^{bis} . Besonders zu schützen sind <u>national prioritäre Lebensräume</u> sowie [...]	Raumplanung: BSLA. Wissenschaft: SCNAT

Art. 18 Abs. 3 Schutz von Tier- und Pflanzenarten	Ergänzung Abs. 3. Der Bund kann die Wiederansiedlung von Arten, [...]. <u>Hierzu nutzt der Bund das Wissen und das Engagement der wissenschaftlich geführten zoologischen und botanischen Institutionen in deren Arterhaltungsprogrammen. Er kann dies in angemessener Weise entschädigen.</u>	Umwelt: zoo
Art. 18a Abs. 1 Biotope von nationaler Bedeutung	Ergänzung Abs. 1. [...] <u>Der Kanton kann eine Überprüfung der Inventare verlangen.</u>	Land- / Forstwirtschaft: SAV
Art. 18a Abs. 1 Biotope von nationaler Bedeutung	Ergänzung Abs. 1. [...] <u>Die Kantone können von sich aus eine Überprüfung von Objekten beantragen oder eine anfechtbare Verfügung im Sinne von Art. 12, Abs. 1 verlangen.</u>	Gemeinden: NOB. Andere: AGB, SAB
18a Abs. 1 ^{ter}	Neuer Absatz 1 ^{er} . <u>Für Inventarnachführungen sind die aktuellen tatsächlichen Verhältnisse vor Ort massgebend. Reduziert sich die Fläche gegenüber dem rechtsgültigen Bestand, sorgt der Kanton für angemessenen Ersatz.</u>	Gemeinden: NOB. Andere: AGB, SAB
Art. 18b ^{bis} Abs. 5 Ökologischer Ausgleich	Neuer Abs. 5. Die durch Weidewirtschaft erschaffene Kulturlandschaft darf nicht als ökologische Ausgleichsfläche eingesetzt oder in nicht nutzbare Naturlandschaften umgewandelt werden.	– Jagd / Fischerei: BVSGRT. Privatpersonen: GW
Art. 18d Abs. 1 Finanzierung	Ersatz eines Ausdrucks. [...] <u>sowie für die ökologische Infrastruktur den ökologischen Ausgleich.</u>	Kantone: FR
Art. 18d Abs. 1 Finanzierung	Ergänzung Abs. 1. Flächenbezogene Abgeltungen sollen auch für <u>andere geeignete Massnahmen</u> (Kantone, Raumplanung, übrige Teilnehmende) sowie für Massnahmen für die <u>ökologische Infrastruktur</u> möglich sein (übrige Teilnehmende).	111

¹¹¹ **Kantone:** AG, BE, BL, BS, GE, LU, NW, TG, ZH. **Parteien:** glp, SPS. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** SHS, SZH. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** FIBL, SCNAT. **Andere:** ZT

Art. 18 Abs. 5 Schutz von Tier- und Pflanzenarten	Neuer Abs. 5. <u>Der Bund soll die Infrastruktur der wissenschaftlich geführten zoologischen und botanischen Einrichtungen für Sensibilisierungsmassnahmen zugunsten der Biodiversitätsförderung nutzen und dies angemessen entschädigen.</u>	Umwelt: zoo
Art. 23	Ergänzung Art. 23. [...] <u>Bei landes- oder standortfremden Arten, Unterarten oder Rassen handelt es sich um Tiere und Pflanzen, die nachweislich nie in der Schweiz vorgekommen oder vor dem 10. Jahrhundert ausgestorben sind.</u>	Umwelt: zoo
Art. 24a Abs.1 Bst. b	Ergänzung Art. 24a Abs. 1 Bst. b. In der Aufzählung ist der neu gefasste Art. 18 ^{bis} zu ergänzen.	Parteien: SPS
Art. 24a Abs. 1 Bst. c Übertretungen	Anpassung Bst. c. einen angemessenen Anteil an Biodiversitätsförderflächen. <u>eine ausreichende Förderung der Biodiversität, insbesondere einen angemessenen Anteil an qualitativ hochstehenden Biodiversitätsförderflächen;</u>	Umwelt: WWF

Tabelle 4. Bundesgesetz über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LwG)

Artikel	Antrag / Kommentar	Teilnehmende / Fussnote
Art. 70a Abs. 2 Bst. c Voraussetzungen	Änderung Bst. c. einen angemessenen Anteil an Biodiversitätsförderflächen; <u>eine ausreichende Förderung der Biodiversität, insbesondere einen angemessenen Anteil an qualitativ hochstehenden Biodiversitätsförderflächen;</u>	112
Art. 73 Abs. 1 Bst. b Biodiversitätsbeiträge	einen nach Art der Biodiversitätsförderfläche abgestuften Beitrag je Hektare zur Förderung der <u>für gefährdete und prioritäre Tier- und Pflanzenarten wirksamen</u> Vernetzung.	113

¹¹² **Parteien:** glp. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd- / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** FFW_HN, SHS (ausser Sektion SH), SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

¹¹³ **Parteien:** SPS. **Umwelt:** AI-In, Aps, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd- / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** FFW_HN, SHS (ausser Sektion SH), SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

Art. 73 Abs. 1 Bst. c Biodiversitätsbeiträge	Neuer Bst. c. <u>Beiträge zur nachhaltigen Nutzung der Agrobiodiversität;</u>	114
Art. 73 Abs. 1 Bst. c Biodiversitätsbeiträge	Neuer Bst. c. <u>Beiträge an die Beratungskosten im Bereich Biodiversität;</u>	115
Art. 73 Abs. 2	Ergänzung Abs. 2. Der Bundesrat legt fest, für welche Arten von Biodiversitätsförderflächen <u>und ihre Lage und Qualität</u> Beiträge ausgerichtet werden.	Umwelt: WWF. Land- / Forstwirtschaft: VKMB.
Art. 76 Abs. 1	Ergänzung Abs. 1. Zur Förderung der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen wie Boden, Wasser, <u>biologische und genetische Vielfalt</u> und Luft sowie zur Verbesserung der Effizienz beim Einsatz von Produktionsmitteln werden Ressourceneffizienzbeiträge ausgerichtet.	116
Art. 87 Abs. 1 Bst. e	Ergänzung Bst. e. den naturnahen Rückbau von Kleingewässern <u>und den Aufbau der ökologischen Infrastruktur</u> zu fördern.	117
Art. 87 Abs. 1 Bst. f	Bst. f. (neu). <u>Massnahmen zur Sanierung von Biotopen nationaler Bedeutung.</u>	118

¹¹⁴ **Umwelt:** AI-In, GP, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PSR, PN Sektionen (GE, GL, JU), SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. **Land- / Forstwirtschaft:** SKEK, VKMB. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

¹¹⁵ **Umwelt:** AI-In, Aps, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF. **Land-/Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Kultur:** FFH_HN. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

¹¹⁶ **Umwelt:** AI-In, GP, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (GE, GL, JU), PSR, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, SKEK, VKMB. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT. Folgende Teilnehmende beantragen lediglich eine Ergänzung um biologische Vielfalt. **Raumplanung:** BSLA. **Wissenschaft:** SCANT.

¹¹⁷ **Parteien:** SPS. **Umwelt:** AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd- / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** FFH_HN, SHS (ausser Sektion SH), SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

¹¹⁸ **Parteien:** SPS. **Umwelt:** AI-In, CIPRA, GP, MWS, NBW, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd- / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** SHS (ausser Sektion SH), SZH. Folgende Teilnehmende beantragen lediglich eine einmalige Sanierung von Biotopen nationaler Bedeutung. **Umwelt:** AV, NFS, WWF. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

Art. 87 Abs. 2	Neuer Abs. 2. <u>Massnahmen nach Art. 87 werden nur dann unterstützt, wenn die ökologische Tragfähigkeit gewährleistet ist und wenn sie den gesetzlichen Vorgaben des Umweltschutzes und des Natur- und Heimatschutzes und insbesondere der ökologischen Infrastruktur entsprechen.</u>	119
Art. 88 Bst. b Voraussetzungen für umfassende gemeinschaftliche Massnahmen ¹²¹	Anpassung Bst. b. den ökologischen Ausgleich und <u>den Aufbau der ökologischen Infrastruktur</u> und <u>insbesondere</u> die Vernetzung von Biotopen fördern.	120
Art. 141 Abs. 1 Bst. d Zuchtförderung	Neuer Bst. d. <u>die Wirtschaftlichkeit, die Produktequalität, die Ressourceneffizienz, die Umweltwirkungen, die Tiergesundheit, das Tierwohl und bei gefährdeten Schweizer Rassen die Erhaltung der genetischen Variabilität innerhalb der Rasse angemessen berücksichtigen.</u>	121
Art. 147a Abs. 1	Anpassung Abs. 1. Der Bund kann <u>fördert</u> die Erhaltung und die nachhaltige Nutzung der genetischen Ressourcen fördern . Er kann <u>führt</u> Genbanken und Erhaltungssammlungen führen oder führen lassen <u>lässt diese führen</u> und <u>unterstützt</u> Massnahmen wie die In-situ-/on farm-Erhaltung namentlich mit Beiträgen <u>unterstützen</u> .	Land- / Forstwirtschaft: SBH, SKEK, VKMB. Umwelt: AI-In, GP, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (GE, GL, JU), PSR, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. Wissenschaft: FiBL. Andere: ZT.

¹¹⁹ **Parteien:** SPS. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** FFW_HN, SHS (ausser Sektion SH), SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

¹²⁰ **Parteien:** SPS. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, VKMB. **Jagd / Fischerei:** JS, SFV-FSP. **Kultur:** SHS (ausser Sektion SH), SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

¹²¹ **Umwelt:** AI-In, GP, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (GE, GL, JU), PSR, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH, SKEK, VKMB. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** ZT.

Tabelle 5. Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (JSG)

Artikel	Antrag / Kommentar	Teilnehmende / Fussnote
Art. 11a Abs. 1 ^{bis}	Neuer Abs. 1 ^{bis} . <u>Er trägt dabei den Zielen des Energiegesetzes vom 30. September 2016, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 2011 über die Reduktion der CO2-Emissionen sowie des Elektrizitätsgesetzes vom 24. Juni 1902 Rechnung.</u>	Energie: BKW, ReP, VSE

Tabelle 6. Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)

Artikel	Antrag / Kommentar	Teilnehmende / Fussnote
Art. 7 Bst. b	<p>Neuer Bst. b. <u>Gebiete von regionaler und lokaler Bedeutung</u></p> <p><u>1 Die Kantone bezeichnen die Gebiete für die Erhaltung von Fischen und Krebsen sowie für den Schutz der Tier- und Pflanzenarten und ihrer schutzwürdigen Lebensräume von regionaler und lokaler Bedeutung. Sie berücksichtigen dabei insbesondere die Vernetzung der Gebiete von nationaler Bedeutung.</u></p> <p><u>2 Sie sorgen für den Schutz und den Unterhalt dieser Gebiete.</u></p> <p><u>3 Der Bundesrat legt fest, in welchem Umfang die Kantone diese Gebiete von regionaler und lokaler Bedeutung bezeichnen müssen, die für die Vernetzung von diesen Gebieten von nationaler Bedeutung erforderlich sind. Er kann eine Frist für die kantonale Planung und Umsetzung festlegen und erlässt weitere Bestimmungen zur Umsetzung.</u></p>	<p>Umwelt: AI-In, AV, GP, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (GE, GL, JU), SVS, TRÄGERVEREIN INITIATIVE. Land- / Forstwirtschaft: SBH. Andere: ZT</p>

Art. 16 Abs. 1 Bst. a Vergehen	Erweiterung Bst. a. [...] vornimmt (Art. 8) <u>oder ein aufgrund dieses Gesetzes geschütztes Gebiet für die Erhaltung von Fischen und Krebsen, sowie für den Schutz der Tier- und Pflanzenarten und ihrer schutzwürdigen Lebensräume im Sinne von Artikel 7a und b in dessen Zustand beeinträchtigt, zerstört oder beschädigt;</u>	Umwelt: AI-In, AV, GP, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (GE, GL, JU), SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. Land- / Forstwirtschaft: SBH. Andere: ZT
Art. 17 Bst. b	Neuer Bst. b. <u>Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes</u> <u>1 Wer ein aufgrund dieses Gesetzes geschütztes Gebiet für die Erhaltung von Fischen und Krebsen sowie für den Schutz der Tier- und Pflanzenarten und ihrer schutzwürdigen Lebensräume im Sinne von Artikel 7a und 7b beschädigt, kann unabhängig von einem Strafverfahren verpflichtet werden:</u> <u>a. _____ die widerrechtlich getroffenen Massnahmen rückgängig zu machen;</u> <u>b. _____ die Kosten zu übernehmen, die aus der Beseitigung des Schadens entstehen;</u> <u>c. _____ angemessenen Ersatz zu leisten, wenn die Wiederherstellung nicht möglich ist.</u>	Umwelt: AI-In, AV, GP, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (GE, GL, JU), SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative. Land- / Forstwirtschaft: SBH. Andere: ZT

Tabelle 7. Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG)

Artikel	Antrag / Kommentar	Teilnehmende / Fussnote
Art. 1 Bst. a Ziele	Ergänzung Bst. a. die natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Luft, Wasser, <u>Biodiversität</u> , Wald und die Landschaft zu schützen;	122
Art. 3 Planungsgrundsätze	Antrag: Konkretisierung der hohen Baukultur im Raumplanungsgesetz	Kantone: BL
Art. 3 Abs. 2 Bst. b Planungsgrundsätze	Ergänzung Bst. b. Siedlungen, Bauten und Anlagen sich in die Landschaft einordnen <u>und eine hohe Baukultur gewährleisten;</u>	Raumplanung: Espace-Suisse

¹²² **Parteien:** glp, GPS, SPS. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Kultur:** FFW_HN, SHS (ausser Sektion SH), SZH. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, WBG, ZT.

Art. 3 Abs. 3 Bst. a ^{bis} Planungsgrundsätze	Ergänzung Bst. a ^{bis} . Massnahmen getroffen werden [...] <u>unter Wahrung einer hohen Baukultur.</u>	Raumplanung: Espace-Suisse
Art. 6 Abs. 4 Grundlagen	Änderung Abs. 4. Sie <u>berücksichtigen die nehmen Kenntnis von den Konzepten und berücksichtigen die Sachpläne</u> des Bundes, die Richtpläne der Nachbarkantone sowie regionale Entwicklungskonzepte und Pläne.	Kantonale Konferenzen: LDK
Art. 8a Abs. 1 Bst. c Richtplaninhalt im Bereich Siedlung	Anpassung Bst. c. 1 Der Richtplan legt im Bereich Siedlung fest: c. wie eine hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen <u>unter Wahrung einer hohen Baukultur</u> bewirkt wird;	123
Art. 8c Richtplaninhalt im Bereich Biodiversität	Neuer Artikel 8c. <u>Der Richtplan bezeichnet die für die Biodiversität und die ökologische Infrastruktur mit ihren Kern- und Vernetzungsgebieten zu sichernden Gebiete.</u>	124
Art. 12h	Antrag: Die Bestimmung zu Art. 12h "Inventare des Bundes" ist im Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) zu verankern. Inhaltlich handelt es sich um eine Vorgabe an die Kantone, wie sie beim Erlass ihrer Raumpläne vorzugehen haben. Die Bestimmung ist konsistenter Weise im entsprechenden Gesetz zu verankern.	Energie: Axpo, CKW
Art. 13 Abs. 1 zweiter Satz Konzepte und Sachpläne	Neu 2. Satz. [...]. <u>Sachpläne erarbeitet er zusammen mit den Kantonen und hört diese vor der Festsetzung an.</u>	Kantonale Konferenzen: LDK
Art. 15 Bauzonen Art. 16a Abs. 1 ^{bis} Zonenkonforme Bauten und Anlagen in der Landwirtschaftszone	Ergänzung Art. 15 und Erweiterung Art. 16a Abs. 1 ^{bis} . Im Sinne der Gleichbehandlung von Biodiversität und Energienutzung sollen im RPG Produktionszonen für erneuerbare Energie festgelegt werden, analog der Regulierung von Biogasproduktion in gewerblichen Anlagen.	Wirtschaft: BMS. Energie: VLS

¹²³ **Kantone:** SG, SH, TI, UR. **Parteien:** GPS, SPS. **Eidgenössische Kommissionen und Räte:** SUK. **Umwelt:** AI-In, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, VD), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS. **Kultur:** AGUS, AKD, AP, ARS, AS, DAH, FFW_HN, MCAH, NIKE, SAM, SCGUP, SHS (ausser Sektion SH), SZH. **Wissenschaft:** FiBL, SCNAT. **Raumplanung:** BSA, BSLA. **Andere:** CaF, WBG.

¹²⁴ **Kantone:** SH. **Parteien:** glp, GPS, SPS. **Umwelt:** AI-In, AV, CIPRA, GP, MWS, NBW, NFS, NSVE, NVBDN, NVR, PBW, PN Sektionen (BL, FR, GE, GL, JU, VD, ZG), PUSCH, SL-FP, SVS, Trägerverein Biodiversitätsinitiative, VSA, WWF. **Land- / Forstwirtschaft:** SBH. **Jagd / Fischerei:** JS. **Kultur:** FFW_HN, SHS (ausser Sektion SH), SZH. **Raumplanung:** EspaceSuisse. **Wissenschaft:** FiBL. **Andere:** CaF, WBG.

Tabelle 8. Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB)

Artikel	Antrag / Kommentar	Teilnehmende / Fussnote
Art. 62 Bst. h Ausnahmen vom Prinzip der Selbstbewirtschaftung	Erweiterung Bst. h. Keiner Bewilligung bedarf der Erwerb: h. durch den Kanton, oder eine Gemeinde <u>oder eine Organisation des Naturschutzes</u> zum Zweck des Hochwasserschutzes, der Revitalisierung von Gewässern, des Baus von Ausgleichs- und Pumpspeicherbecken bei Wasserkraftwerken, <u>des Naturschutzes</u> sowie des Realersatzes für diese Bedürfnisse.	Parteien: glp
Art. 64 Bst. d Ausnahmen vom Prinzip der Selbstbewirtschaftung	Anpassung Bst. d. [...]: das landwirtschaftliche Gewerbe oder Grundstück in einer Schutzzone, <u>welche nicht durch Art. 62 Abs. h erfasst ist</u> , liegt und der Erwerber den Boden zum Zwecke dieses Schutzes erwirbt;	Parteien: glp
Art. 64 Bst. e	Anpassung Bst. e. [...]: mit dem Erwerb die schutzwürdige Umgebung einer historischen Stätte, Baute oder Anlage oder ein Objekt des Naturschutzes erhalten werden soll;	Parteien: glp

Tabelle 9. Energiegesetz (EnG)

Artikel	Antrag / Kommentar	Teilnehmende / Fussnote
Art. 12 Abs. 2 Nationales Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien	Anpassung Abs. 2. [...]. In Biotopen von nationaler Bedeutung nach Artikel 18a NHG und in Wasser- und Zugvogelreservaten nach Artikel 11 des Jagdgesetzes vom 20. Juni 1986⁵ sind neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgeschlossen.	Eidgenössische Kommissionen und Räte: El-Com

<p>Art. 12 Abs. 2^{bis}</p> <p>Nationales Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien</p>	<p>Neuer Abs. 2^{bis}. <u>Hat eine Behörde über den Schutz eines Objekts nach dem Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG), nach dem Jagdgesetz vom 20. Juni 1986 (Eventualiter: oder dem Fischereigesetz vom 21. Juni 1991) zu entscheiden, so ist eine Interessensabwägung mit den Zielen nach Art. 2 dieses Gesetzes sowie nach Art. 3 des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 2011 über die Reduktion der CO2-Emissionen sowie mit Art. 15d des Elektrizitätsgesetzes vom 24. Juni 1902 vorzunehmen. Der Bundesrat definiert die Kriterien, die bei dieser Interessenabwägung zu berücksichtigen sind, sowie deren Gewichtung.</u></p>	<p>Energie: BKW, ReP, RG, SAK, VSE</p>
<p>Art. 12 Abs. 3^{bis}</p> <p>Nationales Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien</p>	<p>Neuer Abs. 3^{bis}. <u>Ist die sichere und erschwingliche Versorgung mit Elektrizität im Inland trotz der Vorkehren der Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft mittel- oder langfristig erheblich gefährdet, kann der Bundesrat einzelne Anlagen gemäss Abs. 2 bezeichnen, bei welchen das nationale Interesse an deren Bau, Erweiterung, Erneuerung oder Konzessionierung anderen nationalen Interessen vorgeht.</u></p>	<p>Eidgenössische Kommissionen und Räte: El-Com</p>

Tabelle 10. Bundesgesetz betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen (EleG)

Artikel	Antrag / Kommentar	Teilnehmende / Fussnote
<p>Art. 15d</p> <p>Starkstromanlagen</p>	<p>Prüfantrag. Analog zur beantragten Regelung in Art. 12 Abs. 2 EnG ist zu prüfen, ob für den Leitungsbau eine entsprechende Ergänzung von Artikel 15d EleG vorzunehmen wäre, damit Bewilligungsverfahren für Leitungen zum Abtransport der Produktion beschleunigt oder deblockiert werden können.</p>	<p>Eidgenössische Kommissionen und Räte: El-Com</p>

**Tabelle 11. Verordnung des SBFi über die berufliche Grundbildung Berufsfeld
«Landwirtschaft und deren Berufe»**

Artikel	Antrag / Kommentar	Teilnehmende / Fussnote
Verordnung	Anpassung im Hinblick auf eine bessere Integration der Erhaltung und Förderung der Biodiversität in die landwirtschaftliche Berufsbildung.	Privatpersonen: PM

Anhang B: Liste der Teilnehmenden¹²⁵ und Abkürzungen

Kantone

AG	Staatskanzlei des Kantons Aargau
AI	Ratskanzlei des Kantons Appenzell-Innerrhoden
AR	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell-Ausserrhoden
BE	Staatskanzlei des Kantons Bern
BL	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft
BS	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
FR	Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg
GE	Chancellerie d'Etat du Canton de Genève
GL	Regierungskanzlei des Kantons Glarus
GR	Standeskanzlei des Kantons Graubünden
JU	Chancellerie d'Etat du Canton de Jura
LU	Staatskanzlei des Kantons Luzern
NE	Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel
NW	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden
OW	Staatskanzlei des Kantons Obwalden
SG	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
SH	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen
SO	Staatskanzlei des Kantons Solothurn
SZ	Staatskanzlei des Kantons Schwyz
TG	Staatskanzlei des Kantons Thurgau
TI	Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
UR	Standeskanzlei des Kantons Uri
VD	Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud
VS	Chancellerie d'Etat du Canton de Valais
ZG	Staatskanzlei des Kantons Zug
ZH	Staatskanzlei des Kantons Zürich

Kantonale Konferenzen

BPUK und weitere	Gemeinsame Stellungnahme
BPUK	Bau- Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
ENDK	Energiedirektorenkonferenz
KWL	Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft
JFK	Jagd- und Fischereiverwalterkonferenz
KBNL	Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz
KOK	Konferenz der Kantonsförster
KPK	Schweizer Kantonsplanerkonferenz
KVU	Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter
LDK	Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren

¹²⁵ Sämtliche begrüßten Vernehmlassungsteilnehmenden sowie die eingegangenen Stellungnahmen sind auf der Publikationsplattform des Bundesrechts aufgeschaltet

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
FDP	FDP. Die Liberalen
glp	Grünliberale Partei Schweiz
GPS	Grüne Partei der Schweiz
Mitte	Die Mitte
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei

Eidgenössische Kommissionen und Räte

EICom	Eidgenössische Elektrizitätskommission
ENHK-EKD	Gemeinsame Stellungnahme
ENHK	Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission
EKD	Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege
SUK	Schweizerische UNESCO-Kommission

Organisationen Wirtschaft

AIHK	Aargauische Industrie- und Handelskammer
arv	Baustoffrecycling Schweiz arv
BMS	Biomasse Suisse
CCIG	Chambre de commerce, d'industrie et des services de Geneve
cemsuisse	cemsuisse. Verband der Schweizerischen Cementindustrie
CP	Centre Patronal
cvci	Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie
economiesuisse	economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
FKB	Fachverband der Schweizerischen Kies- und Betonindustrie
HIS	Holzindustrie Schweiz. Dachorganisation der Schweizer Säger und verwandter Betriebe
HKBB	Handelskammer beider Basel
HS	Hotellerie Suisse
SAGV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBS	Seilbahnen Schweiz
SBV	Schweizerische Bankiervereinigung
SBV-SSE	Schweizerischer Baumeisterverband
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SI	Scienceindustries
SM	Swissmem
STV	Schweizer Tourismusverband
ZRH	Flughafen Zürich
ZS	Ziegelindustrie Schweiz

Städte, Gemeinden, Berggebiete

NOB	Netzwerk Oberwalliser Berggemeinden
SGemV	Schweizerischer Gemeindeverband
SVKB	Verband der Bürgergemeinden und Korporationen
SSV	Schweizerischer Städteverband

Weitere interessierte Kreise: Wissenschaft

ETH-Rat	ETH-Rat
FiBL	Forschungsinstitut für biologischen Landbau
a ⁺	Gemeinsame Stellungnahme Akademien der Wissenschaften Schweiz
FoLAP	Forum Landschaft, Alpen, Pärke
FBS	Forum Biodiversität
IRL	Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung
SEG	Schweizerische Entomologische Gesellschaft
SCNAT	Akademie der Naturwissenschaften Schweiz

Weitere interessierte Kreise: Akteure im Umweltbereich

Al-In	Alpen-Initiative
Aps	Apisuisse
AV	Aqua Viva
CIPRA	CIPRA Schweiz
Trägerverein Biodiver- sitätsinitiative	Trägerverein Biodiversitätsinitiative
SVS	Schweizer Vogelschutz / BirdLife Schweiz
PN	Pro Natura
SHS	Schweizer Heimatschutz
SL-FP	Stiftung Landschaftsschutz
GP	Greenpeace Schweiz
MWS	Mountain Wilderness Schweiz
NFS	Naturfreunde Schweiz
NSP	Netzwerk Schweizer Pärke
SVS	Schweizer Vogelschutz / BirdLife Schweiz
SL-FP	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
PUSCH	Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz
VWS	Schweizerische Vogelwarte Sempach
WWF	WWF Schweiz
SVSs_WS	Natur- und Vogelschutzverein Winterthur-Seen
PNs_GE	PN Sektion Genf
PNs_JU	PN Sektion Jura
NSVE	Naturschutzverein Ettingen
PBW	Pro Buechberg Wangen
PNs_BL	PN Sektion Baselland
PNs_ZG	PN Sektion Zug
SVSs_Het	Naturschutzverein Hettlingen
SVSs_Mue	Natur- und Vogelschutzverein Münsingen
SVSs_Obk	Natur- und Vogelschutzverein Oberkulm
SVSs_Pra	Natur- und Vogelschutzverein Pratteln
SVSs_SG	BirdLife Sektion St.Gallen
SVSs_SGB	St.Gallen-Bodensee
SVSs_WO	Natur- und Vogelschutzverein Wohlen
SVSs_ZE	Natur- und Vogelschutzverein Zeiningen
SVSs_GL	BirdLife Glarnerland
SVSs_KL	Naturschutzverein Kloten
SVSs_NR	NaturReiden
SVSs_AG	BirdLife Sektion Aargau
SVSs_LU	BirdLife Sektion Luzern
SVSs_BVS	Berner Vogelschutz
SVSs_ZH	BirdLife Sektion Zürich
SVU	Schweizerischer Verband der Umweltfachleute svu asef
IF	info fauna
NVBDN	Natur- und Vogelschutzverein Blauen-Dittingen-Nenzlingen

VSA	Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute
PSR	Pro Specie Rara
NVR	Naturschutzverein Rebstein
PNs_FR	PN Sektion Fribourg
PNs_GL	PN Sektion Glarus
SVSs_Bue	Naturschutzverein Bülach
SVSs_NVG	Natur- und Vogelschutzverein Gontenschwil
SVSs_NVSI	Natur- und Vogelschutzverein Sirnach
SVSs_NVST	Natur- und Vogelschutzverein Steffisburg
SVSs_NVU	Natur- und Vogelschutzverein Uzwil
SVSs_SO	BirdLife Sektion Solothurn
SVSs_VKS	Vogelschutzverein Kreuzlingen und Umgebung
NBW	NaturBernWest
SVSs_NVUB	Natur- und Vogelschutz Unterleberberg
NVH	Natur- und Vogelschutzverein Hunzenschwil
PNs_VD	PN Sektion Waadt
SVSs_AW	Sektion BirdLife Natur- und Vogelschutzverein Aarwangen
SVSs_NIE	Naturschutz Illnau-Effretikon
SVSs_NVD	Natur- und Vogelschutzverein Dagmarsellen
SVSs_NVV	Sektion BirdLife Naturschutzverein Vorderwald
SVSs_NWV	Natur- und Vogelschutzverein Würenlos
SVSs_TV	Thurgauer Vogelschutz
zoo	Zooschweiz

Akteure im Energiebereich

AEE	AEE SUISSE
Alpiq	Alpiq Holding AG
Axpo	Axpo Holding AG
BKW	BKW Energie AG
CKW	Centralschweizerische Kraftwerke AG
EKW	Engadiner Kraftwerke AG
EWZ	EWZ
KHR	Kraftwerke Hinterrhein AG
KwO	Kraftwerke Oberhasli AG
KwZ	Kraftwerke Zervreila AG
ReP	Repower
RG	Regiogrid
SAK	St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG
SES	Schweizerische Energie-Stiftung
SN	SN Energie AG
SSH	Swiss Small Hydro
SSOL	Swissolar
SW	SwissWinds Development GmbH
SWE	Suisse Eole
SWG	Swissgrid
SWV	Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband
VLS	vento ludens Suisse
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Akteure im Kulturbereich

AGUS	Arbeitsgemeinschaft für die Urgeschichtsforschung in der Schweiz
AKD	Arbeitskreis Denkmalpflege
AP	Alliance Patrimoine
ARS	Arbeitsgemeinschaft für die provinzialrömische Forschung in der Schweiz
AS	Archäologie Schweiz

DAH	DAH Domus Antiqua Helvetica
FFW_HN	Gemeinsame Stellungnahme Fondation Franz Weber / Helvetia Nostra
FFW	Fondation Franz Weber
HN	Helvetia Nostra
MCAH	Amis du Musée cantonal d'archéologie et d'histoire
NIKE	Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe
SAM	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit
SBKS	Stiftung Baukultur Schweiz
SCGUP	Swiss Coordination Group UNESCO Palafittes
SHS	Schweizer Heimatschutz Dachverband und seine Sektionen Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Bern, Basel-Stadt, Genf, Glarus, Graubünden, St.Gallen / Appenzell, Schaffhausen, Solothurn, Tessin, Waadt, Zug, Zürich.
SZH	Stadtzürcher Heimatschutz

Weitere interessierte Kreise: Land- und Forstwirtschaft

AGORA	Dachorganisation der Westschweizer Bauernverbände
BOSS	Branchenorganisation Schafe Schweiz
BVNW	Bauernverband Nidwalden
BVOW	Bauernverband Obwalden
BVSZ	Bauernvereinigung Kt. Schwyz
BVUR	Bauernverband Uri
BWB	Verband der Berner Waldbesitzer
HIS	Holzindustrie Schweiz
JULA	Junglandwirtekommission des Schweizer Bauernverbands
LBV	Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband
PT	Prometerre
SAV	Schweizerischer Alpwirtschaftlicher Verband
SBH	Schweizer Bergheimat
SBLV	Bäuerinnen- und Landfrauenverband
SBV-USP	Schweizer Bauernverband
SFV	Schweizerischer Forstverein
SGBV	St. Galler Bauernverband
SKEK	Schweizerische Kommission für die Erhaltung von Kulturpflanzen
SOBV	Solothurner Bauernverband
SVIL	Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft
SZV	St.Gallischer Schafzuchtverband
TFWHE	Taskforce Wald Holz Energie
VKMB	Kleinbauern-Vereinigung
VSGP	Verband Schweizer Gemüseproduzenten
WaldSchweiz	Waldwirtschaft Schweiz
ZBB	Zentralschweizer Bauernbund

Raumplanung

BSA	Bund Schweizer Architekten
BSLA	Bund Schweizer Landschaftsarchitekten und -architektinnen
ES	Entwicklung Schweiz
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
EspaceSuisse	EspaceSuisse (Schweizerische Vereinigung für Landesplanung)

Jagd und Fischerei

BVSGRT	Bündner Verein zum Schutz der ländlichen Lebensräume vor Grossraubtieren
JS	Jagd Schweiz
LWG	Lebensraum Wallis ohne Grossraubtiere
SFV-FSP	Schweizerischer Fischerei-Verband
VSLvGRT	Verein Schweiz zum Schutz der ländlichen Lebensräume vor Grossraubtieren
VSvGZ	Vereinigung zum Schutz von Jagd- und Nutztieren vor Grossraubtieren in der Zentralschweiz

Akteure im Sport-, Erholungsbereich und Gesundheitsbereich

Aero	Aero-Club der Schweiz
Swiss Olympic	Swiss Olympic
Swiss Athletics	Swiss Athletics
PBS	Pfadibewegung Schweiz
PS	PluSport
SAC	Schweizer Alpen-Club
SC	Swiss Canoe. Dachverband der Schweizer Kanuclubs und der individuellen Kanusportler:innen
SHV	Schweizerische Hängegleiter-Verband
SS	Swiss-Ski
SWS	Swiss Sailing, Dachverband der windbetriebenen Wassersportarten

Andere

AGB	Arbeitsgruppe Berggebiet
CaF	Casafair, Verband der umweltbewussten und verantwortungsvollen Wohneigentümer:innen
HEV	Hauseigentümerverband Schweiz
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete
SVIT	Berufs- und Fachverband der Immobilienwirtschaft
SVV	Schweizerischer Versicherungsverband
TB	The Branch
USPI	Union suisse des professionnels de l'immobilier
VIS	Verband Immobilien Schweiz
WBG	Wohnbaugenossenschaften Schweiz
ZT	Zürcher Tierschutz

Privatpersonen

GW	Guido Walker
PM	Peter Müller